

*Thomas Riegler*

## „Es muß ein gegenseitiges Geben und Nehmen sein“

### Warschauer-Pakt-Staaten und Terrorismusbekämpfung am Beispiel der DDR

#### Einleitung

Der vorliegende Beitrag untersucht die Rolle der Warschauer-Pakt-Staaten in der Auseinandersetzung zwischen dem Westen und dem internationalen Terrorismus während der 1970er und 1980er Jahre. Vor allem in dieser Spätphase des Kalten Krieges sah sich der Ostblock verstärkt dem Vorwurf ausgesetzt, terroristische Gruppen zu unterstützen. Die zeithistorische Forschung hat seit der „Wende“ (1989) viele Belege zu Tage gefördert, die dieses Argument stützen. Ungeachtet der beträchtlichen ideologischen und strategischen Differenzen waren Terroristen für den Ostblock Verbündete im Kampf gegen den westlichen „Imperialismus“. Sie erhielten logistische Hilfe, profitierten von Ausbildungsmaßnahmen und konnten sich in „Ruheräume“ zurückziehen. Andererseits waren sich die sozialistischen Staaten möglicher negativer außenpolitischer Konsequenzen bewusst und befürchteten außerdem, selbst zum Ziel des internationalen Terrorismus zu werden. Daher gab es ein eminentes Interesse, den Terror zu begrenzen, und dies schloss auch diskrete Informationskontakte zu westlichen Stellen ein. Überwiegend wurden die Anstrengungen westlicher Staaten aber nicht unterstützt und in einigen Fällen sogar aktiv sabotiert.

Dieses höchst ambivalente Verhältnis zwischen den Warschauer-Pakt-Staaten und dem internationalen Terrorismus wird nach einem generellen Überblick vor allem in Bezug auf die DDR betrachtet. Im Mittelpunkt des Interesses stehen dabei folgende Fragen: Wie gestaltete sich Terrorismusbekämpfung aus der spezifischen politisch-ideologischen Sichtweise des Ostens? Was wussten die westeuropäischen Staaten von der teilweisen Begünstigung von Terroristen in Osteuropa, und welche bilateralen außenpolitischen Konsequenzen ergaben sich daraus? Wie gestaltete sich die Interaktion von westlichen und östlichen Behörden in konkreten Fällen? Um diese Forschungsfragen zu klären, wird in Folge auf drei Fallbeispiele eingegangen: (1.) Die Scheinfahndung nach Till Meyer (1978), (2.) die „Legendierung“ des Exils der „Aussteigerin“ aus der Roten Armee Fraktion (RAF), Silke Maier-Witt, sowie (3.) der bilaterale Verhandlungsprozess mit den USA zu Fragen der Terrorismusbekämpfung (1986–1988).

## Der Ostblock und der internationale Terrorismus

Das Thema Terrorismus spielte vor allem in der Spätphase des Kalten Krieges eine wichtige Rolle in der weltanschaulichen Auseinandersetzung zwischen den Machtblöcken. Spätestens ab Ende der 1970er Jahre wurde die Sowjetunion von Teilen der angloamerikanischen und israelischen Publizistik verstärkt als die geheime Macht hinter dem „internationalen Terrorismus“ angeklagt<sup>1</sup>. So wie der kommunistische Feind eine monolithische Einheit bildete, waren demnach auch die Aktivitäten von terroristischen Gruppen auf ein einziges Gravitationszentrum zurückzuführen – die Sowjetunion. Von dort aus werde nicht nur das Vordringen des Marxismus in der Dritten Welt gesteuert, sondern auch Terrorismus im Nahen Osten und Westeuropa. Am einflussreichsten in dieser Hinsicht war die Publikation „The Terror Network“ (1981) der US-amerikanischen Journalistin Claire Sterling. Ihre Kernthese: Über Mittelsmänner wie die palästinensische Radikale oder „Satelliten“ wie Kuba, Südjemen oder Libyen würde Moskau eine „furchterregende Geheimarmee“, bestehend aus praktisch allen linksradikalen Terrorgruppen, logistisch unterstützen bzw. sie unterwandern<sup>2</sup>. „Der Hauptwert der Terroristen für den Kreml lag in ihrem energischen Bemühen, die demokratischen Gesellschaften zu schwächen und zu demoralisieren, zu verwirren, zu demütigen, in Angst zu versetzen, zu lähmten und wenn möglich zu demontieren“, so Sterling<sup>3</sup>.

Während diese Auseinandersetzung vor allem mit ideologischer Schlagseite und wenig Faktenorientierung geführt wurde, ist das komplexe Verhältnis von Warschauer-Pakt-Staaten und terroristischen Gruppen seit 1989 deutlicher geworden. Zwischen wem genau solche Beziehungen bestanden, welcher Art diese waren und wie sie sich über die Zeit veränderten, dazu steht die Forschung laut dem Politikwissenschaftler Christopher Daase aber „noch ganz am Anfang“<sup>4</sup>. Die Autorin Regine Igel ist sogar der Meinung, „dass es bis heute zahlreiche Dinge gibt, die nicht aufgedeckt werden sollen“. Generell bleibe die „Förderung des Terrorismus“ durch Geheimdienste während des Kalten Krieges ein „Tabu“<sup>5</sup>. Im 2012 veröffentlichten Buch „Terrorismus-Lügen“ behauptet Igel gar, die „Zeitschichtsschreibung“ spiele die „Internationalisierung des Terrors“ heute gerne

<sup>1</sup> Vgl. Claire Sterling, *The Terror Network*, New York 1981; Benjamin Netanyahu, *Terrorism. How the West Can Win*, New York 1986; Ray Cline/Yonah Alexander, *Terrorism as State-Sponsored Covert Warfare. What the Free World must do to protect itself*, Fairfax 1986; Christopher Dobson/Charles Payne, *War without End. The Terrorists: An Intelligence Dossier*, London 1987.

<sup>2</sup> Claire Sterling, Netzwerk des Kreml?, in: *profil* 20 (1981), S. 18f.

<sup>3</sup> Claire Sterling, *Das internationale Terrornetz. Der geheime Krieg gegen die westlichen Demokratien*, Bergisch Gladbach 1983, S. 382.

<sup>4</sup> Christopher Daase, *Die RAF und der internationale Terrorismus. Zur transnationalen Kooperation klandestiner Organisationen*, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), *Die RAF und der linke Terrorismus*, Band 2, Hamburg 2006, S. 905–929, hier S. 908.

<sup>5</sup> Regine Igel, *Linksterrorismus ferngesteuert? Die Kooperation von RAF, Roten Brigaden, CIA und KGB*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 10 (2007), S. 1221–1235, hier S. 1234f.

herunter, „wenn sie überhaupt erwähnt wird“<sup>6</sup>. Von einer solchen Tabuisierung kann keine Rede sein. Allerdings ist es richtig, dass quellengestützte Terrorismusforschung überwiegend jüngeren Datums ist<sup>7</sup>, während zuvor rein nationale Perspektiven, etwa auf die RAF, dominierten. Im angelsächsischen Diskurs dagegen wurde die Kooperation zwischen osteuropäischen Geheimdiensten und Terrorgruppen kontinuierlich herausgestrichen. Über die genauen Mechanismen und Modalitäten dieser Zusammenarbeit besteht zweifellos weiterer Aufklärungsbedarf.

Klar ist zumindest, dass Moskau nicht die einzige Quelle allen terroristischen Übels war, so wie es die Reagan-Regierung Anfang der 1980er Jahre propagandistisch überspitzt dargestellt hatte. Gleichzeitig war die Sowjetmacht aber auch kein untätiger Beobachter. Die UdSSR unterstützte nicht nur „nationale Befreiungsbewegungen“ in Asien, Afrika und Lateinamerika, sondern auch terroristische Gruppen im Nahen Osten und in Nordirland. Diese substantielle Rolle kam aber keiner faktischen Kontrolle über den Terrorismus gleich. Die Gruppen behielten ihre Autonomie und waren keine verlängerten Arme der sowjetischen Außenpolitik<sup>8</sup>.

Genau dieser Umstand geht beispielsweise aus einer CIA-Analyse zur „Rolle des Sowjetblockes im Internationalen Terrorismus“ hervor, die man 1986 dem Minister für Staatssicherheit Erich Mielke in einer deutschsprachigen Übersetzung zur „Kenntnisnahme“ vorlegte: „Die sowjetische Führung betrachtet seit längerem den Terrorismus sowie politische Gewalt allgemein als grundsätzlich legitimes Mittel zur Verfolgung und Förderung sowjetischer Interessen.“ Zwei Erscheinungsformen an Hilfeleistung wurden unterschieden: Einerseits die zum Teil offene Unterstützung für sogenannte Befreiungsbewegungen, „die sich terroristischer Mittel bedienen (z. B. PLO [Palestine Liberation Organization], ANC [African National Congress])“. Andererseits die „verdeckte und meist indirekte Unterstützung für extremistische und revolutionäre Gruppen ohne politische Legitimation durch Moskaus Verbündete im SOWB [Sowjetblock] und der 3. Welt“. Der Terrorismus in Westeuropa erhalte jedoch keine Hilfe, „selbst wenn man in Moskau hierzu offenbar Bedenken hat, da der destabilisierende Faktor innerhalb der NATO aus sowjetischer Sicht positiv zu bewerten ist“. Eine direkte Hilfe für west-europäische Terroristen werde jedoch „als zu hohes Risiko angesehen“: „Jede Ver-

<sup>6</sup> Regine Igel, *Terrorismus-Lügen. Wie die Stasi im Untergrund agierte*, München 2012, S. 94.

<sup>7</sup> Vgl. etwa Klaus Weinbauer/Jörg Requate/Heinz-Gerhard Haupt (Hrsg.), *Terrorismus in der Bundesrepublik. Medien, Staat und Subkulturen in den 1970er Jahren*, Frankfurt a. M. 2006; Kraushaar (Hrsg.), *Die RAF und der linke Terrorismus*; Nicole Colin/Beatrice de Graaf/Jacco Pekelder/Joachim Umlauf (Hrsg.), *Der „Deutsche Herbst“ und die RAF in Politik, Medien und Kunst. Nationale und internationale Perspektiven*, Bielefeld 2008; Johannes Hürter/Gian Enrico Rusconi (Hrsg.), *Die bleiernen Jahre. Staat und Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland und Italien 1969–1982*, München 2010; Matthias Dahlke, *Demokratischer Staat und transnationaler Terrorismus. Drei Wege zur Unnachgiebigkeit in Westeuropa 1972–1975*, München 2011; Tobias Hof, *Staat und Terrorismus in Italien 1969–1982*, München 2011.

<sup>8</sup> Timothy Naftali, *Blindspot. The Secret History of American Counterterrorism*, New York 2005, S. 16.

wicklung darin ist lediglich kontraproduktiv.“ Im Nahen Osten dagegen leiste die UdSSR „offene Hilfe mittels Ausbildung, Waffen, Finanzmittel sowie nachrichtendienstlicher Informationen“. Aber auch an dieser Stelle hielt der Bericht fest: „Die Aktivitäten der einzelnen Gruppen werden nicht von Moskau dirigiert. Die UdSSR vermeidet direkte Kontakte zu Abu Nidal/Carlos Gruppe, jedoch erfolgt eine direkte Hilfe durch DDR/U[ngarische]VR/Rumänien/Bulgarien/VRP[olen].“ Angeblich würden Trainingslager für Terrorgruppen aus dem Nahen Osten und der Dritten Welt in der UdSSR existieren: „Von insgesamt 5–6 erkannten Lagern werden einige direkt vom KGB/GRU<sup>9</sup> unterhalten, andere befinden sich in regulären Ausbildungseinrichtungen der UdSSR-Streitkräfte.“ Die Sowjetunion durchdringe den Terrorismus nachrichtendienstlich – „durch Werbung von Gruppenmitgliedern als Informanten“: „Wegen der eigenen Zurückhaltung in der Führung und Zielauswahl will Moskau wenigstens indirekt die Kontrolle und Kenntnis von Vorfahren usw. erhalten.“<sup>10</sup>

Für eine direkte Rolle der UdSSR an den „Schalthebeln“ des internationalen Terrorismus gibt es wenige Belege. Vor allem handelt es sich um Angaben von Überläufern aus östlichen Geheimdiensten, die mit quellenkritischem Vorbehalt zu betrachten sind. So berichtete der tschechische General Jan Sejna, der 1968 in die USA flüchtete, von einem KGB-Ausbildungslager in einem Waldgebiet bei Karlovy Vary (Karlsbad), wo ausgesuchte Terroristen aus Europa und der Dritten Welt gedrillt wurden<sup>11</sup>. Der rumänische Generalleutnant Ion Pacepa, der 1978 überlief, beschrieb in seinem Memoiren 1987 abenteuerlich anmutende Hilfleistungen seines Dienstes für die PLO, den libyschen Oberst Gaddafi sowie Ilich Ramírez Sánchez, genannt „Carlos der Schakal“<sup>12</sup>. 1990 veröffentlichte der britische Historiker Christopher Andrew gemeinsam mit dem ehemaligen KGB-Offizier Oleg Gordiewsky eine Geschichte der Auslandsoperationen des sowjetischen Geheimdienstes. Darin heißt es einschränkend, dass der KGB zwar nicht der „Kopf des Terrorismus im Nahen Osten“ gewesen sei, „doch unschuldig war er deshalb beileibe nicht“: „Die Moskauer Zentrale missbilligte zwar Angriffe gegen zivile Ziele, wusste aber sehr wohl, dass einige Freiheitskämpfer in Balaschika<sup>13</sup> tatsächliche oder potentielle Terroristen waren. Ebenso wussten sie von ihren Agenten in der PLO, dass Verbindungsoffiziere der PLO und die Botschaften Syriens, Libyens und anderer Länder in Moskau und weiteren osteuropäischen Hauptstädten bei der Vorbereitung einiger terroristischer Operationen halfen.“<sup>14</sup>

<sup>9</sup> Glawnoje Raswedywatelnoje Uprawlenije (GRU), Hauptverwaltung für Aufklärung, sowjetischer Militärnachrichtendienst.

<sup>10</sup> Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (künftig: BStU), MfS, Sekretariat Neiber 961, Bl. 533–538, Rolle des Sowjetblocks (SOWB) im Internationalen Terrorismus, Oktober 1986.

<sup>11</sup> Sterling, Das internationale Terrornetz, S. 56f.

<sup>12</sup> Vgl. Ion Mihai Pacepa, Red Horizons. Chronicles of a Communist Spy Chief, Washington, D.C. 1987.

<sup>13</sup> Sowjetische Militärbasis östlich von Moskau.

<sup>14</sup> Christopher Andrew/Oleg Gordiewsky, KGB. Die Geschichte seiner Auslandsoperationen von Lenin bis Gorbatschow, München 1990, S. 707.

1999 präsentierte wiederum Andrew, diesmal in Zusammenarbeit mit dem Ex-KGB-Oberst Wassili Mitrochin, das „Das Schwarzbuch des KGB“. Dieses basierte auf Kopien sowjetischer Geheimdienstunterlagen, die Mitrochin in seiner Funktion als Archivar beiseitegeschafft hatte. Aus einem dieser Dokumente geht hervor, dass Wadi Haddad, Anführer der Palästinensischen Volksbefreiungsfront (PLFP) und „Pate“ des internationalen Terrorismus, seit 1970 vom KGB unter dem Decknamen „NATIONALIST“ als Agent geführt wurde. Geheimdienstchef Juri Andropow berichtete an Staatschef Leonid Breschnew: „Die Natur unserer Beziehung zu W. Haddad versetzt uns in die Lage, die externen Operationen der PLFP bis zu einem gewissen Grad zu kontrollieren, in einer für die Sowjetunion günstigen Weise Einfluss zu nehmen und durch Kräfte der Organisation unter Einhaltung der notwendigen konspirativen Geheimhaltung aktive Maßnahmen zur Unterstützung unserer Interessen ausführen zu lassen.“<sup>15</sup> Einem weiteren Dokument von 1975 zufolge soll der KGB der PLFP „mit Hilfe eines Aufklärungsschiffes der Seekriegsflotte der UdSSR“ in den neutralen Gewässern des Golfes von Aden 58 Maschinenpistolen, 50 Pistolen, darunter zehn mit Schalldämpfer ausgestattet, sowie 34 000 Schuss Munition übergeben haben<sup>16</sup>. Dokumentiert sind weiter Beziehungen zwischen der UdSSR und der Abu-Nidal-Organisation (ANO), die sich 1974 von der PLO abgespalten hatte und bis Ende der 1980er Jahre zahlreiche Attentate mit zivilen Opfern verübt. Aus einem MfS-Bericht von 1987 geht hervor, dass die Sowjetunion zur ANO „seit Jahren inoffizielle Kontakte, insbesondere über den Militärattaché der Botschaft in Damaskus“ unterhalte. Darüber hinaus sollen „stabile Kontakte zu leitenden Mitarbeitern der KfS<sup>17</sup>-Zentrale“ bestanden haben: „Treffs finden in Warschau, Sofia, Damaskus und Tripolis statt. An diesen Gesprächen sollen die jeweiligen KfS-Residenten teilnehmen. Regelmäßige Konsultationen werden mit dem 2. Sekretär der UdSSR-Botschaft in Tripolis durchgeführt.“ Der gute Draht zur ANO dürfte vor allem der Beschaffung von Militärtechnik gedient haben<sup>18</sup>.

Andropows Entscheidung, Haddads PLFP für „Sonderoperationen“ zu verwenden, markierte jedenfalls einen Wendepunkt in der Geschichte des KGB: „In Zukunft sollten andere Nachrichtendienste des Ostblocks dem sowjetischen Beispiel folgen und terroristische Gruppen benutzen oder ihren Einsatz stillschweigend in Kauf nehmen.“<sup>19</sup> Die Satellitenstaaten in Osteuropa, die DDR, Ungarn, ČSSR, Polen, Bulgarien, Jugoslawien und Rumänien, ließen sich auf enge Beziehungen zu Terroristen ein bzw. tolerierten deren Präsenz. Es gab einen „direkten Draht“ zu

<sup>15</sup> Wassili Mitrochin/Christopher Andrew, Das Schwarzbuch des KGB 2. Moskaus Geheimoperationen im Kalten Krieg, Berlin 2006, S. 361.

<sup>16</sup> Wladimir Bukowski, Abrechnung mit Moskau. Das sowjetische Unrechtsregime und die Schuld des Westens, Bergisch Gladbach 1996, S. 55.

<sup>17</sup> Komitee für Staatssicherheit der UdSSR – deutsche Bezeichnung des sowjetischen In- und Auslandsgeheimdienstes KGB.

<sup>18</sup> BStU, MfS, XV 3690/82 „Händler“ 71116/91, Bd. 1, Bl. 63–85, hier Bl. 85, Bericht zum Stand der Bearbeitung des OV [Operativer Vorgang] „Händler“, 26. 1. 1987.

<sup>19</sup> Wassili Mitrochin/Christopher Andrew, Das Schwarzbuch des KGB. Moskaus Kampf gegen den Westen, Berlin 1999, S. 474.

mehreren nahöstlichen Organisationen, darunter die ANO, die PLFP und die Carlos-Gruppe. Aber auch westliche Gruppen profitierten: Erst kürzlich wollten tschechische Ermittler Hinweise darauf gefunden haben, dass Mitglieder der italienischen Roten Brigaden, die 1978 an der Entführung von Aldo Moro beteiligt waren, in der bereits erwähnten Anlage in Karlsbad trainiert wurden<sup>20</sup>. Die ČSSR war darüber hinaus ein wichtiger Produzent des Plastiksprengstoffs „Semtex“. Einer der wichtigsten Abnehmer war Libyen, das große Mengen an seine palästinensischen Verbündeten weitergab, die es wiederum terroristischen Gruppen zur Verfügung stellten<sup>21</sup>.

Nur in einigen Fällen gaben sozialistische Länder terroristische Anschläge selbst in Auftrag: 1981 bestellte der rumänische Diktator Ceaușescu ein Attentat der Carlos-Gruppe gegen Radio Free Europe in München. Aufgrund eines schweren operationellen Fehlers explodierte die 15-kg-Bombe jedoch nicht vor den rumänischen, sondern vor den tschechoslowakischen Büros. Acht Mitarbeiter wurden zum Teil schwer verletzt<sup>22</sup>. Häufiger kam es vor, dass Terroristen in Warschauer-Pakt-Staaten Stützpunkte etablierten und dabei mit den Geheimdiensten dieser Länder kooperierten. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Präsenz von Abu Nidal in Polen. Er reiste 1981 mit engsten Familienangehörigen und seinen Adjutanten zum ersten Mal in das Land und blieb dort bis 1985/1986. Gemeinsam mit seiner Frau und seinen Kindern lebte Abu Nidal in der Kleinstadt Pabianice in Zentral-Polen in einer von insgesamt drei Villen, die von der polnischen Geheimpolizei bewacht wurden<sup>23</sup>. General Czesław Kiszczak, der in den 1980er Jahren als Innenminister diente, bestätigte diese Duldung der ANO gegenüber dem polnischen Sender TVN 2010: „Sie hatten schmutzige Hände. Wir haben unsere Augen davor verschlossen, dass sie nach Polen kamen, um sich auszuruhen und zum Zwecke medizinischer Versorgung nach Angriffen bzw. um für neue zu trainieren.“<sup>24</sup>

Bekannt ist auch, dass die DDR von 1980 an zehn „Aussteiger“ der „zweiten Generation“ der RAF aufnahm und diese mit neuen Namen, Wohnungen und Beschäftigung versorgte. Das führte auch dazu, dass die aktiven Mitglieder um Unterstützung ansuchten: Von 1980 bis 1982 wurden RAF-Leute von MfS-Spezialkräften unter anderem in der Handhabung von Raketenwerfern ausgebildet. Dieses Training stand offenbar in Zusammenhang mit dem terroristischen Angriff auf NATO-Kommandeur US-General Frederick Kroesen am 15. September 1981. Bislang herrscht jedoch Unklarheit, ob das Trainingschießen vor oder nach

<sup>20</sup> CSSR-Geheimdienst half offenbar Roten Brigaden, in: Austria Presse Agentur, 22. 1. 2010.

<sup>21</sup> Wolfgang Kraushaar, Einleitung. Zur Topologie des RAF-Terrorismus, in: Ders. (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 1, S. 13–59.

<sup>22</sup> Oliver Schröm, Im Schatten des Schakals. Carlos und die Wegbereiter des Internationalen Terrorismus, Berlin 2002, S. 218f.

<sup>23</sup> David M. Dastych, Abu Nidal's Polish Trail, in: Media Monitors Network, 22. 8. 2002, <http://www.mediamonitors.net/davidmdastych1.html>.

<sup>24</sup> Communist Poland sheltered and armed terrorists including Abu Nidal, [www.theaustralian.com.au/news/world/comunist-poland-sheltered-and-armed-terrorists-including-abu-nidal/story-e6frg6so-1225836053605](http://www.theaustralian.com.au/news/world/comunist-poland-sheltered-and-armed-terrorists-including-abu-nidal/story-e6frg6so-1225836053605). Übersetzung des Autors aus dem Englischen.

dem erfolglosen Anschlag stattfand<sup>25</sup>. Jedenfalls stand für das MfS zu Beginn der 1980er Jahre „nicht mehr die Terrorismusabwehr im Vordergrund, auch nicht mehr die generelle Destabilisierungs-Strategie, sondern eine massive logistische Unterstützung terroristischer Planungen und Aktionen, die niemand für möglich gehalten hatte“, so der ehemalige „Chefauswerter“ des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV), Winfried Ridder, 2013<sup>26</sup>. Laut dem Historiker Tobias Wunschik ging die „RAF-Stasi-Connection“ schon 1983/84 „teilweise in die Brüche“. Aus Furcht vor außenpolitischen Komplikationen tendierte das MfS danach zu einer vorsichtigeren Linie<sup>27</sup>. Außerdem sei die Unterstützung des internationalen Terrorismus ab 1984 „deutlich vermindert“ worden<sup>28</sup>.

Am Beispiel der DDR wird auch deutlich, wie die Kontakte osteuropäischer Staaten zu Befreiungsbewegungen wie der PLO abliefen<sup>29</sup>. 1970 hatte das SED-Politbüro beschlossen, Beziehungen zu knüpfen, um „das Ansehen der DDR bei den arabischen Völkern weiter zu heben“. Schon 1971 wurde Jassir Arafat zum ersten Mal als Gast in Ost-Berlin begrüßt. Zwei Jahre später verpflichtete sich die DDR, der PLO 2000 Maschinenpistolen, 500 Sprengsätze, zehn Scharfschützenwehre und 1000 Rucksäcke zu liefern<sup>30</sup>. Anfang April 1979 schlug dann der Offizier des PLO-Geheimdienstes RASD, Abu Hisham, dem MfS vor, „eine umfassendere, offizielle Zusammenarbeit mit strategischem Charakter in allen politischen und Sicherheitsfragen“ herzustellen. Der Vorstoß erfolgte im Auftrage des RASD-Leiters Abu Iyad und sei mit Arafat abgestimmt. Letzterer könne solche Fragen bzw. „davon abgeleitete Probleme“ aufgrund seiner Funktion „nicht persönlich ansprechen“. Auch die PLO-Vertretung in Ost-Berlin müsse aus dieser Angelegenheit „völlig herausgehalten“ werden, hielt Hisham fest. Der Emissär stellte fol-

<sup>25</sup> Martin Jander, Differenzen im antiimperialistischen Kampf. Zu den Verbindungen des Ministeriums für Staatssicherheit mit der RAF und dem bundesdeutschen Linksterrorismus, in: Kraushaar, Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 1, S. 696–713.

<sup>26</sup> Winfried Ridder, Verfassung ohne Schutz. Die Niederlagen der Geheimdienste im Kampf gegen den Terrorismus, München 2013, S. 122.

<sup>27</sup> Tobias Wunschik, Baader-Meinhof international?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (40–41/2007), S. 23–29.

<sup>28</sup> Tobias Wunschik, „Abwehr“ und Unterstützung des internationalen Terrorismus – Die Hauptabteilung XXII, in: Hubertus Knabe (Hrsg.), West-Arbeit des MfS. Das Zusammenspiel von „Aufklärung“ und „Abwehr“, Berlin 1999, S. 263–273, hier S. 272.

<sup>29</sup> Die sowjetische Einflusszone war freilich nicht die einzige Quelle an Unterstützung für „Befreiungsbewegungen“: Seit 1964 hatte Jassir Arafats „Fatah“ Beziehungen zu China geknüpft, die sich in Form von militärischer Ausbildungshilfe und Waffenlieferungen bezahlt machten. Bis Ende 1969 hatte China Waffen im Wert von fünf Millionen Dollar an palästinensische Kämpfer geliefert. Der Nachschub erlaubte es der Fatah allein 1970 14 000 Mann auszurüsten (siehe: Paul Thomas Chamberlin, The Global Offensive. The United States, the Palestine Liberation Organization and the Making of the Post-Cold War Order, Oxford 2012, S. 61 f.). Eine ebenfalls gewichtige Rolle spielte Nordkorea – Militärberater sollen in den 1970er Jahren im Libanon tätig gewesen sein (siehe: Joseph Croitoru, Der Märtyrer als Waffe. Die historischen Wurzeln des Selbstmordattentats, München 2003, S. 73–80). Palästinische Kommandos trainierten außerdem in vietnamesischen Lagern, und auch Kuba stellte Nachschub sowie Ausbildungshilfe zur Verfügung (siehe: Abu Iyad/Eric Rouleau, My Home, My Land. A Narrative of the Palestinian Struggle, New York 1981, S. 70–72).

<sup>30</sup> Sven Felix Kellerhoff, Wie die DDR an Jassir Arafats PLO lieferte, in: Die Welt, 15. 12. 2012.

gende „Problemkreise“ zur Diskussion: „a) Informationen über Interessen der USA und Israels in Westeuropa. b) Unterstützungsanliegen für Aufenthalte von Angehörigen der ‚PLO-Sicherheit‘ in der DDR zur Realisierung von Aufgaben, was noch mit der DDR gesondert abzustimmen wäre. c) Durchführung von Lehrgängen auf den Gebieten der allgemeinen Sicherheit, Ausbildung an Handfeuerwaffen, Einsatz von Sprengkörpern, Durchführung von Sonderaktionen. d) Hilfe bei der Beschaffung nicht näher bezeichneter technischer und elektronischer Ausrüstungen. e) Bereitstellung von Handfeuerwaffen und Sprengkörpern und Hilfe bei deren Beförderung nach Westeuropa.“<sup>31</sup> Wie aus einem Schreiben eines DDR-Armeegenerals an den polnischen Innenminister hervorgeht, besuchte Ende August 1979 eine Delegation unter Führung Abu Iyads Ost-Berlin, um diese Dinge zu finalisieren. Vereinbart wurde: „1. Der Austausch politischer und politisch-operativer Informationen; 2. Unterstützung der PLO-Sicherheit durch Ausbildungen; 3. gemeinsame Anstrengungen zum Schutz der DDR und sozialistischen Staatengemeinschaft gegen feindlich-negative Kräfte der internationalen Terrorszene.“<sup>32</sup> Hinsichtlich der „materiellen Unterstützung“ sagte Mielke „weitgehendes Entgegenkommen“ zu: „Er sicherte die Bereitstellung von Schiffssprengladungen und Handgranaten in der gewünschten Menge zu. Darüber hinaus erfolgte die Übergabe von 2 Scharfschützengewehren westlicher Produktion mit Munition“.<sup>33</sup> Bezüglich der Lieferung einigte man sich darauf, die nicht in der DDR produzierten bzw. beschaffbaren Waffen und „operativtechnischen Mittel“ zu Volumenkosten des RASD zu beschaffen: „Die Bezahlung erfolgt entweder direkt aus dem Budget der PLO-Sicherheit oder von Libyen. Die finanziellen Mittel werden uns durch die PLO übergeben bzw. überwiesen. [...] Die Lieferung erfolgt generell nach Algier, getarnt als Solidaritätssendungen. [...] Die Abwicklung der Lieferungen, die nach Vorstellung der PLO mit Flugzeugen der DDR erfolgen müßte, wird über die algerischen Sicherheitsorgane zuverlässig gewährleistet.“<sup>34</sup>

Offenbar wurden im Rahmen dieser Kooperation auch Absprachen über terroristische Aktivitäten im Westen getroffen. Dies verdeutlicht ein Protokoll über ein Treffen zwischen MfS-Offizieren und Abu Hisham am 1. Februar 1980. Letzterer informierte über „Absichten der PLO, Anschläge gegen Personen und Einrichtungen der BRD; Personen und Einrichtungen Israels in der BRD; Palästinenser in der BRD, die als Verräter entlarvt wurden, durchzuführen“. Hisham begründete dies damit, „daß die BRD als feindliches Land angesehen wird und die feindliche Tätigkeit Israels in der BRD gegen die PLO solche terroristischen Angriffe rechtfertige“. Weil man jedoch keine Aktivitäten durchführen wolle, „die nicht auch im Interesse der DDR liegen“, fragte Hisham nach: „Ist die DDR an vorgenannten Aktionen interessiert?“ Die Antwort der MfS-Delegation laut Protokoll: „Das MfS

<sup>31</sup> BStU, MfS, HA II, Nr. 4785, Bl. 29ff., Vermerk vom 26.4.1979.

<sup>32</sup> BStU, MfS, Abt. X 110, Schreiben Mielke an Minister des Inneren der Volksrepublik Polen, 13.9.1983.

<sup>33</sup> BStU, MfS, Sekretariat Neiber, Nr. 937, Bl. 3–12, hier Bl. 11, Bericht vom 23.8.1979

<sup>34</sup> BStU, MfS, Sekretariat Neiber, Nr. 937, Bl. 20–26, hier Bl. 20f., Bericht über Beratungen mit dem Leiter der Vereinigten PLO-Sicherheit, 23.8.1979.

mischt sich nicht in die inneren Angelegenheiten der PLO. Das betrifft auch Entscheidungen über bestimmte Aktionen.“ Abu Hisham fragte dann: „Können der PLO Informationen über Personen und Objekte in der BRD zur Durchführung von Aktionen übergeben werden?“ Aus dem Dokument geht hervor: „Informationen über bestimmte Personen wurden der Vereinigten PLO-Sicherheit [deutsche Bezeichnung für den PLO-Geheimdienst RASD] übergeben.“ Allerdings legte das MfS Wert darauf, „daß das Territorium der DDR nicht als logistischer Stützpunkt betrachtet werden darf“<sup>35</sup>.

MfS-General Markus Wolf, der in die Kontakte eng eingebunden war, gab in seinen Memoiren an, dass „jede Seite [...] ihren Vorteil“ suchte. Während die Palästinenser an Ausrüstung und Ausbildungsmaßnahmen interessiert waren, war das MfS bemüht, „Informationen über die USA und ihre Verbündeten zu erhalten, über ihre strategischen Pläne, ihre Waffensysteme und geheimdienstlichen Aktivitäten“<sup>36</sup>. Wolfs Autobiografie war zuerst 1997 auf Englisch erschienen, und in dieser Ausgabe finden sich Passagen, die in der deutschsprachigen Ausgabe fehlen – so etwa das Eingeständnis, dass man sich seitens des MfS im Klaren war, dass die an Palästinenser vermittelte Expertise auch an „terroristische Kommandos“ für den Kampf gegen Israel weitergegeben werden konnte<sup>37</sup>. Während die PLO zum damaligen Zeitpunkt bereits von der UNO als legitime Vertreterin der palästinensischen Interessen anerkannt wurde, unterhielt das MfS darüber hinaus auch enge Kontakte zu Gruppen, die im Westen als terroristisch verurteilt wurden – bestes Beispiel hierfür ist die Abu-Nidal-Organisation (ANO). Wie aus einem Vermerk der Abteilung XXII vom 25. Mai 1987 hervorgeht, waren Angehörige der ANO häufig Gäste des ostdeutschen Geheimdienstes, zwecks ideologischer, aber auch operationeller Weiterbildung: 1984/1985 fanden drei mehrwöchige Grundlehrgänge in Sachen Marxismus-Leninismus für insgesamt 41 Abu-Nidal-Leute im „Objekt X“ der Juristischen Hochschule des MfS statt. Zwischen dem 15. April und dem 23. Juli 1985 – wenige Monate vor den ANO-Anschlägen gegen die Flughäfen von Rom und Wien – wurde darüber hinaus auf dem Gelände des „Objekts 74“, in einem abgelegenen Waldstück bei Frankfurt an der Oder, eine „spezielle Ausbildungsmaßnahme“ für elf Abu-Nidal-Leute organisiert<sup>38</sup>.

Verbindungen, wie es das MfS zur PLO und anderen palästinensischen Gruppen unterhielt, zahnten sich für die osteuropäischen Staaten vor allem in indirekter Form aus: Man gelangte so an wertvolle nachrichtendienstliche Erkenntnisse, westliche Waffen und Technologie, während der Klient durch Rückzugsgebiete, Training und einfachen Transit in sozialistische Länder und Westeuropa profitierte.

<sup>35</sup> BStU, MfS, HA XXII, Nr. 15501, Teil 1 von 2, Bl. 35–42, Bericht über das Gespräch mit dem Leiter des Büros der „Vereinigten PLO-Sicherheit“ Abu Hisham am 1.2.1980 im Objekt „73“, 4.2.1980.

<sup>36</sup> Markus Wolf, Spionagechef im geheimen Krieg. Erinnerungen, München 1998, S. 381f.

<sup>37</sup> Markus Wolf/Anne McElvoy, Man Without A Face. The Autobiography of Communism's Greatest Spymaster, New York 1997, S. 269f.

<sup>38</sup> BStU, XV 3690/82 „Händler“ AOP 7116/91, Bl. 1–3, Vermerk zu den stattgefundenen Lehrgängen mit der „Händler“-Organisation, 25.5.1987.

te. Ein wichtiges Motiv für die Ostblockstaaten war es, ihr Territorium von möglichen Sicherheitsrisiken abzuschotten. Die Gefahr von Vergeltungsakten seitens terroristischer Gruppen im Falle einer aktiven Vorgehensweise gegen sie wurde sehr ernst genommen<sup>39</sup>.

Für den Fall, dass diese Akteure Anschläge in Westeuropa begegnen, bestand die Hauptsorge darin, in irgendeiner Form kompromittiert zu werden. Aber während die Ost-Geheimdienste oftmals über detaillierte Kenntnisse von geplanten Attentaten verfügten, wurde manchmal nichts getan, um deren Ausführung zu verhindern. 1983 gab ein MfS-Offizier konfiszierten Sprengstoff zurück, der dann für den Bombenanschlag gegen das Maison de France in West-Berlin benutzt wurde<sup>40</sup>. Im Falle des La Belle-Attentats am 5. April 1986, bei dem drei Menschen getötet und 200 verletzt wurden, wusste das MfS mindestens 16 Tage im Voraus, dass libysche Agenten die West-Berliner Diskothek sprengen wollten, aber es gab keine Warnung. Einer der Attentäter war sogar ein Informant des MfS und hatte über den jeweiligen Stand der Vorbereitungen berichtet. Seine Führungsoffiziere hatten auch auf politische und operative Schritte zur Verhinderung des Anschlags gedrängt, doch die MfS-Führung soll schließlich einen Freibrief erteilt haben. Das Wissen über geplante Terrorakte sei einfach „wichtiger als die Verhinderung von Anschlägen“ gewesen<sup>41</sup>. Auch Markus Wolf bestätigte, dass die verantwortlichen libyschen Diplomaten der zuständigen „Terrorabwehr“ des MfS (Abteilung XXII) bekannt waren: „Aktiven Terroristen Unterschlupf zu gewähren, das war nicht weniger gefährlich als mit offenem Feuer zu hantieren. Doch entweder unterschätzte die Abteilung XXII mitsamt Minister Mielke die Gefahr, oder die beargwöhnten Gäste waren aus dem Ruder gelaufen und entzogen sich immer mehr der Überwachung.“<sup>42</sup>

Könnte es aber nicht auch sein, dass der Terror Kalkül war? Vor allem die links-terroristische Attentatswelle, die Mitte der 1980er Jahre in Westeuropa einsetzte und sich primär gegen die NATO und westliche Rüstungspolitik richtete, fiel mit einer „heißen“ Phase des Kalten Krieges zusammen. Anfang 1985 proklamierten die RAF und die französische Action Directe eine gemeinsame „antiimperialistische“ Front, die „Angriffe gegen die multinationalen Strukturen der Nato, gegen Basen und Strategen“ durchführte. Mehrere Rüstungsmanager, die auch im Zusammenhang mit der 1983 gestarteten US-Strategic Defense Initiative (SDI) standen, wurden ermordet: Ernst Zimmermann (1985), Karl Heinz Beckurts (1986) sowie der Diplomat Gerold von Braunmühl (1986). Generalbundesanwalt Kurt Rebmann nannte diese Attentate eine „koordinierte Offensive“ gegen den Westen und speziell gegen die SDI. In Frankreich und Italien wurden die Offiziere und SDI-Berater René Audran (1985) und Licio Giorgieri (1987) getötet. Zuvor schon hatte die RAF 1979 und 1981 Anschläge gegen die US-Befehlshaber der NATO

<sup>39</sup> John O. Koehler, *Stasi. The Untold Story of the East German Secret Police*, Boulder u. a. 1999, S. 371.

<sup>40</sup> Schröm, *Im Schatten des Schakals*, S. 241–244.

<sup>41</sup> Manfred Schell/Werner Kalinka, *Stasi und kein Ende. Die Personen und Fakten*, Hamburg 1991, S. 231.

<sup>42</sup> Wolf, *Spionagechef im geheimen Krieg*, S. 384.

durchgeführt und 1984 erfolglos versucht, eine Autobombe vor der NATO-Schule in Oberammergau zu zünden. Im Jahr darauf forderte eine Explosion auf der Rhein-Main Air Base zwei Todesopfer. Auch was das spätere Attentat gegen den Vorstandssprecher der Deutschen Bank Alfred Herrhausen (1989) angeht, so gibt es Vermutungen, die RAF wäre nur aufgrund der vorangegangenen Ausbildung durch das MfS zu so einem präzisen Schlag im Stande gewesen<sup>43</sup>. Bislang fehlen jedoch Beweise für eine solche aktive Beteiligung. Der US-amerikanische Autor Peter Schweitzer bezeichnete es jedenfalls als kurios, dass die linksterroristischen Gruppen, die zuvor kapitalistische Symbole und den westlichen Imperialismus angegriffen hatten, so konzentriert gegen SDI-Ziele vorgingen. Zweifellos habe der Sowjetblock die Attentate als nützlich betrachtet<sup>44</sup>.

Die Destabilisierung des Westens durch den Terrorismus war grundsätzlich im Interesse des Ostblocks. Für die sozialistischen Länder bedeutete das ein Mittel, um gewaltsame Konflikte im Westen anzuheizen oder auszunutzen, ohne das Risiko von US-Vergeltungsschlägen oder einer direkten militärischen Konfrontation einzugehen. Es gab aber rote Linien, die beachtet wurden. Als palästinensische Terroristen einen Lufthansa-Jet 1977 entführten und den Südjemen anflogen, telefonierte Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher mit seinem Ostberliner Amtskollegen Oskar Fischer. Anschließend wies dieser den DDR-Botschafter in Aden an, „die Regierung der Volksrepublik Jemen zu bitten, bei der Beilegung des Geiseldramas zur Rettung der Menschenleben 'ein kooperatives Verhalten zu zeigen“<sup>45</sup>. Zur gleichen Zeit suchte Bonn auch Kontakt zur Sowjetunion. Botschafter Valentin Falin sagte zu, im Südjemen für die Bundesregierung zu intervenieren, während der Abteilungsleiter des Außenministeriums in Moskau, Alexander Boradenko, höhere Stellen informierte<sup>46</sup>. Tatsächlich verweigerte Südjemen die Landeerlaubnis und den weiteren Verbleib der entführten Maschine, was den ursprünglichen Plan der Luftpiraten zunichte machte<sup>47</sup>.

Auch in anderen Fällen zeigte der Ostblock Terroristen klare Grenzen auf. Carlos, dessen Präsenz für die westlichen Dienste ein offenes Geheimnis darstellte und dadurch seine Gastgeber kompromittierte, wurde schließlich hinausgeworfen: 1984 wiesen ihn die DDR und Ungarn aus, 1985 brach die ČSSR ihre Verbindungen zu seiner Gruppe ab<sup>48</sup>. Genauso gab es Fälle, in denen der Sowjetblock Fahndungen westlicher Behörden unterstützte. So ließ Bulgarien im Juni 1978 zu,

<sup>43</sup> D. Crawford, The Murder of a CEO, in: The Wall Street Journal, 15. 9. 2007.

<sup>44</sup> Peter Schweitzer, The Reagan Administration's Secret Strategy that hastened the Collapse of the Soviet Union, New York 1994, S. 274ff.

<sup>45</sup> Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Bräutigam, Bundeskanzleramt, 17. 10. 1977, in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1977, Bd. 2: 1. Juli bis 31. Dezember 1977, München 2008, S. 294f.

<sup>46</sup> Tim Geiger, Die „Landshut“ in Mogadischu. Das außenpolitische Krisenmanagement der Bundesregierung angesichts der terroristischen Herausforderung 1977, in: Vierteljahrsschriften für Zeitgeschichte 57 (2009), S. 413–456, hier S. 439.

<sup>47</sup> Stefan Aust, Der Baader-Meinhof-Komplex, Hamburg 2008, S. 803.

<sup>48</sup> John Follain, Jackal. The Complete Story of the Legendary Terrorist Carlos the Jackal, New York 1998, S. 184.

dass Angehörige des westdeutschen BKA auf ihrem Territorium, im Badeort Nessebar, drei Angehörige der „Bewegung 2. Juni“ verhafteten, darunter Till Meyer: „Moskau soll den Wink gegeben haben, die Aktion des BKA zu dulden. [...] Die Politiker und die Medien der westlichen Welt, allen voran die der USA, geißelten täglich Moskau als das ‚Hinterland des internationalen Terrorismus, Drahtzieher, Wegbereiter, Helfershelfer [...]‘.“ Als Beweis seiner „Lauterkeit“, so Meyer, habe das sozialistische Lager die paar westdeutschen Linksradikalen kurzerhand als „Bauernopfer“ ausgeliefert<sup>49</sup>. Als nach einem Tipp westdeutscher Fahnder auch die RAF-Mitglieder Brigitte Mohnhaupt, Sieglinde Hofmann, Peter-Jürgen Boock und Rolf-Clemens Wagner ebenfalls 1978 im kroatischen Zagreb festgesetzt wurden, ließen die jugoslawischen Behörden die RAF-Truppe aufgrund von Interventionen palästinensischer Gruppen aber wieder frei. Zum Schutz vor weiterer Verfolgung durch das BKA wurden die Deutschen im November 1978 mit jemenitischen Pässen ausgestattet und nach Aden ausgeflogen<sup>50</sup>.

Außerdem dürfte es anlassbezogene diskrete Kontakte zwischen Ost und West gegeben haben, um etwaige Terroranschläge im Vorfeld zu verhindern: So wurde das MfS 1986 von einem befreundeten Dienst, wahrscheinlich dem KGB, darüber informiert, dass sich „die Amerikaner“ gemeldet hätten: Es gebe konkrete Hinweise, dass eine terroristische Aktion der Abu-Nidal-Organisation gegen die Internationale Verlagsmesse in Düsseldorf vom 2. bis 15. Mai 1986 bevorstehe. An der Messe würden einige bekannte westliche Politiker, darunter der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger, teilnehmen. Außerdem hätten die US-Emissäre durchblicken lassen, „daß ihren Erkenntnissen zufolge im vergangenen Jahr das Auftauchen Abu Nidals in ‚einigen Ländern des Warschauer Vertrages‘ festgestellt worden sei“. Daher sei es im gemeinsamen Interesse, alle „Möglichkeiten zur Einflußnahme“ auf palästinensische Gruppen zu nutzen, „um die Realisierung irgendwelcher Terroraktionen in Europa zu verhindern“. Mielke erteilte seinen Untergebenen Markus Wolf und Gerhard Neiber daraufhin folgende Anweisung: „Ich empfehle, entsprechend den Vorschlägen der Freunde unsere Möglichkeiten zu nutzen, um den Standpunkt der Freunde durchzusetzen zu helfen. Es sollten auch Grüße vom Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, an Y. Arafat mit der Bitte übermittelt werden, darauf Einfluss zu nehmen, daß solche terroristische Aktionen, von welcher Seite sie auch immer geplant sein sollten, nicht durchgeführt werden.“<sup>51</sup> Offenbar wurden terroristische Machenschaften gegen den Westen nur unter der Bedingung toleriert, dass es zu keiner wesentlichen Verschiebung im Machtengleichgewicht von Ost und West kam. Aber wie Markus Wolf in seinen Memoiren anmerkte, dachte Mielke darüber hinaus sehr wohl über eine unterstützende Rolle von Terrorgruppen im Kriegsfalle nach<sup>52</sup>.

<sup>49</sup> Till Meyer, Staatsfeind. Erinnerungen, München 1998, S. 384ff.

<sup>50</sup> Der Spiegel, 18. 6. 1990, S. 97–103.

<sup>51</sup> BStU, MfS, HA XXII, Nr. 18834, Bl. 1f, Mielke an Wolf und Neiber, 9. 5. 1986.

<sup>52</sup> Wolf/McElvoy, Man Without A Face, S. 275.

## Terrorismusbekämpfung aus Sicht der DDR

Mielke-Stellvertreter Gerhard Neiber sprach das MfS in einem Beitrag zum Buch „Die RAF und das MfS“ im Nachhinein von jeder Verantwortung frei: „Das MfS hat in Erfüllung der ihm übertragenen Aufgaben den Terrorismus mit allen legitimen Mitteln und Methoden vorbeugend bekämpft. Es hat ihn eingeschränkt, zurückgedrängt und weitgehend von der DDR und ihren Verbündeten ferngehalten. [...] Den Bürgern der DDR blieben schreckliche Auswirkungen des Terrors erspart, sie konnten in Sicherheit leben und ihrer Arbeit nachgehen.“<sup>53</sup> Dieses Verantwortungsgefühl für das eigene Land schloss jedoch den „Rest der Welt“ nicht ein, kritisierte der Historiker Peter Siebenmorgen: „Solange es nicht gelang, im Kontakt mit Terroristen eine Verschonung der DDR zu erreichen, war alles legitim, was an Duldung und Förderung in Kauf genommen werden musste.“<sup>54</sup>

Der wesentlichste Unterschied zur Herangehensweise des Westens in Sachen Terrorismusbekämpfung bestand darin, dass aus der ideologischen Perspektive des Marxismus-Leninismus und des Internationalismus die „Befreiungsbewegungen“ in der Dritten Welt bzw. linksextremistische Kräfte in Westeuropa als nützliche Verbündete angesehen wurden – und daher auch nicht als „Terroristen“ galten. An diesem Umstand änderte auch die Tatsache nichts, dass „individualistischer“ Terrorismus als revolutionäre Strategie von der kommunistischen Doktrin verworfen wurde. Das gemeinsame Feindbild einte über alle Differenzen hinweg. Die Linksextremen in Westeuropa bildeten in diesem Zusammenhang eine Minderheit; die wichtigste Verbindungsleitung hin zu terroristischen Kräften verlief über „fortschrittliche“ Staaten im Nahen und Mittleren Osten. Irak, Libyen, Syrien und der Süd-Jemen waren selbst umfangreiche Kooperationen mit verschiedenen arabischen Gruppen eingegangen, die damals einen gewichtigen Teil des internationalen Terrorspektrums bildeten. Die Indienstnahme von Terroristen bot den Geheimdiensten dieser Länder eine einfache Möglichkeit, gegen regionale Rivalen, Dissidenten im Ausland oder interne Bedrohungen vorzugehen. Terroristen wurden aber auch offensiv als Stellvertreterstreitmacht eingesetzt, um westliche „Einmischung“ in der Region abzuschrecken, israelische Ziele anzugreifen bzw. die pro-amerikanischen Ölscheichtümer zu destabilisieren<sup>55</sup>. Um diese strategische Funktion erfüllen zu können, erhielten die Terrorgruppen umfangreiche Waffen- und Logistikunterstützung, die sich wiederum aus dem kommunistischen Block speiste. So berichtete die CIA 1984 über die Aufrüstung von Terroristen durch Libyen: „We estimate that this year alone Tri-

<sup>53</sup> Gerhard Neiber/Gerhard Plomann, Die Abwehr von Terror und anderen Gewaltakten, in: Robert Allertz (Hrsg.), Die RAF und das MfS. Fakten und Fiktionen, Berlin 2008, S. 75–198, hier S. 187.

<sup>54</sup> Peter Siebenmorgen, „Staatssicherheit“ der DDR. Der Westen im Fadenkreuz der Stasi, Bonn 1993, S. 206.

<sup>55</sup> Syrian Support for Terrorism – 1985, Terrorism Review 13.1.1986, [http://www.foia.cia.gov/sites/default/files/document\\_conversions/89801/DOC\\_0000258586.pdf](http://www.foia.cia.gov/sites/default/files/document_conversions/89801/DOC_0000258586.pdf)

poli received nearly one half billion dollars worth of armaments from the Soviet Union, Eastern Europe, China and North Korea. Although we do not know if Moscow and other communist governments use Libya and other patron state supporters of terrorism to funnel arms to specific terrorist groups, we believe that these governments are fully aware that Tripoli provides large quantities of ordnance to such organizations.”<sup>56</sup>

Die Gruppen selbst bauten weitverzweigte internationale Netzwerke auf – bestes Beispiel hierfür ist Wadi Haddads PLFP-Spezialkommando, das in seinen Lagern im Südjemen westdeutsche, nordirische, japanische oder iranische Terroristen unterwies. Bei diesem „special training“, so das Ex-RAF-Mitglied Peter-Jürgen Boock, sei es um „Geiselnahmen und Hijacking“ gegangen: „Die Trainer, das war mir bald klar, mussten ihr Wissen in einer sowjetischen Schule für Spezialeinsatzgruppen erworben haben.“ Anhand von Schautafeln, die ebenfalls sowjetischen Ursprungs waren, wurden Flugzeugtypen auf ihre jeweiligen technischen Eigenheiten erläutert. Für Flugsimulationen wurde laut Boock Gerät verwendet, das ebenfalls aus der UdSSR stammte<sup>57</sup>. Die Kooperation ging soweit, dass Haddad Angehörige der Revolutionären Zellen (RZ) bei eigenen Operationen einsetzte oder die RAF 1977 im Rahmen des „Deutschen Herbst“ mit einer Flugzeugentführung unterstützte. Darüber hinaus bedachte er die RZ mit regelmäßigen finanziellen Zuwendungen und versorgte die RAF über einen Kurierdienst mit Waffen. Laut Peter-Jürgen Boock wäre die RAF ohne diese Kooperation „von Mitte der siebziger bis Anfang der achtziger Jahre nicht mehr oder nur sehr bedingt aktionsfähig gewesen“<sup>58</sup>. Verdeutlicht man sich vor diesem Hintergrund die MfS-Ausbildungsprogramme für nahöstliche Geheimdienste und die PLO oder die sowjetischen Waffenlieferungen für Haddads PLFP, dann wird deutlich, dass die Warschauer-Pakt-Staaten den internationalen Terrorismus zwar nicht direkt, aber über Umwege anheizten.

Die DDR verfügte über besonders enge Beziehungen zu den nahöstlichen Partnern, einerseits wegen deren geostrategischer Bedeutung und des Ölreichtums, andererseits, weil dies eine Möglichkeit bot, den diplomatischen Alleinvertretungsanspruch der BRD aufzubrechen. So war es auch kein Zufall, dass Libyen, Irak und Syrien zu den ersten Ländern zählten, die die DDR völkerrechtlich anerkannten<sup>59</sup>. Über ihre Residenten in Irak, Syrien und Süd-Jemen pflegte die Hauptverwaltung III des MfS enge Arbeitskontakte mit den dortigen Geheimdiensten und gelangte dadurch frühzeitig an Informationen über die dortige Präsenz von Terroristen, deren Reisebewegungen sowie deren Kooperation mit arabischen Kräften<sup>60</sup>. Im Gegenzug wurden die Botschaften des Irak, Libyens und Syriens

<sup>56</sup> Libya: Supplying Terrorist Weapons, 3.12.1984, [http://www.foia.cia.gov/sites/default/files/document\\_conversions/89801/DOC\\_0000389220.pdf](http://www.foia.cia.gov/sites/default/files/document_conversions/89801/DOC_0000389220.pdf)

<sup>57</sup> Der Spiegel, 15.9.2001, S. 144f.

<sup>58</sup> Günther Latsch, Eldorado der Linksguerilla, in: Terror: Der Krieg des 21. Jahrhunderts, Spiegel spezial Nr. 2/2004, S. 86–89.

<sup>59</sup> Siebenmorgen, „Staatssicherheit“ der DDR, S. 203f.

<sup>60</sup> Ebenda, S. 214.

ens in Ost-Berlin von den Nachrichtendiensten dieser Regime beherrscht – „im Grunde handelte es sich um Geheimdienstresidenturen mit diplomatischem Beiwerk, von denen aus die Arbeit gegeneinander, die Aufklärung von Regimegegnern in der Bundesrepublik und der DDR sowie die Vorbereitung von Terroranschlägen organisiert wurden“, so Peter Siebenmorgen<sup>61</sup>.

Auf diese Weise wurde Ost-Berlin Ende der 1970er Jahre eine der wichtigsten Basen für den internationalen Terrorismus. 1979 berichtete General Irmler in einer streng geheimen Information, dass palästinensische Gruppen in Verbindung mit „anarcho-terroristischen Gruppen aus westlichen Ländern“, verstärkt Versuche unternehmen würden, „das Territorium der DDR für die Durchführung von Gewaltakten in Westeuropa zu nutzen“. Gleichzeitig werde die „großzügige solidarische Haltung der DDR“ zu den nationalen Befreiungskämpfen im arabischen Raum von diesen Kräften „als günstiger Umstand für die Planung und Vorbereitung von Operationen angesehen. Dabei werden auch die Kommunikationsmöglichkeiten der Hauptstadt der DDR in Rechnung gestellt.“ Irmler warnte jedoch: „Derartige Aktivitäten vom Territorium der DDR schaffen politische Gefahren und beeinträchtigen unsere staatlichen Sicherheitsinteressen.“<sup>62</sup> Ungeachtet dessen galt der Ost-Berliner Flughafen Schönefeld bis zur Wende 1989 als europäische Drehscheibe des internationalen Terrorismus. Nach Angaben des westdeutschen Verfassungsschutzes sollen ostdeutsche Kontrolleure „regelmäßig ein Auge zugeschlagen haben“, wenn etwa RAF-Mitglieder zu palästinensischen Verbündeten in den Nahen Osten starteten – und „umgekehrt sickerten arabische Aktivisten über die DDR nach Westeuropa ein“. Laut Peter-Jürgen Boock konnte die Gruppe noch im Südjemen auf MfS-Unterstützung bauen: „Es gab aber für jeden von uns eine Telefonnummer für das jeweilige Land. Bei der Kontrolle hatte man es meist mit Militärs zu tun. Wenn Probleme auftauchten, dann gab man denen die Nummer, und sie riefen dort an. Dann kam jemand vom Geheimdienst, meistens ein Jemenit oder ein Iraker, zum Flughafen und sorgte dafür, daß wir passieren konnten.“<sup>63</sup>

Diese Praxis stand in scharfem Widerspruch zur Selbstdarstellung des MfS in Sachen Terrorismusbekämpfung, wie sie etwa auf multilateralen Tagungen der „Bruderorgane“ in Prag (1979) und im bulgarischen Varna (1987) erfolgte. Im Rahmen letzterer Konferenz stellte Neiber den grundsätzlichen Standpunkt des MfS folgendermaßen dar: „Wir stehen voll und ganz hinter dem Bestreben unserer Staatengemeinschaft, Terrorismus mit den Wurzeln auszutilgen und den Kampf gegen den Terrorismus zum Bestandteil eines allumfassenden internationalen Sicherheitssystems werden zu lassen. Dem Terrorismus entschieden entgegenzutreten, gehört für die Deutsche Demokratische Republik zum Kampf für

<sup>61</sup> Ebenda, S. 220.

<sup>62</sup> BStU, MfS, Z 3021, Information über Aktivitäten von Vertretern der palästinensischen Befreiungsbewegung in Verbindung mit internationalen Terroristen zur Einbeziehung der DDR bei der Vorbereitung von Gewaltakten in Ländern Westeuropas, 8. 5. 1979.

<sup>63</sup> Der Spiegel, 18. 6. 1990, S. 103f.

Frieden und Menschenrechte, für das Recht aller Völker, sich frei und unabhängig zu entwickeln.“<sup>64</sup> Doch in die „imperialistische Antiterrorismuskontrakt“ würden sich die Warschauer-Pakt-Staaten in keinem Fall „einspannen“ lassen, unterstrich Neiber: „Das Recht der Völker auf Selbstbestimmung, Freiheit und Unabhängigkeit, ihr Kampf gegen koloniale und rassistische Regime oder andere Formen der Fremdherrschaft darf keinen Schaden nehmen.“<sup>65</sup> Das war ein klarer Hinweis auf die – aus Sicht des Ostblocks – legitimen Anstrengungen von Befreiungsbewegungen wie der PLO, die im Westen wegen des Rückgriffs auf Terrorismus im Kampf gegen Israel überwiegend mit Vorbehalt betrachtet wurde.

Neiber erkannte allerdings im Vorgehen der Befreiungsbewegungen ein für die sozialistischen Staaten nicht zu unterschätzendes Risiko: „Im Einzelfall können ihre Haltungen und Programme denen revolutionärer Kräfte sehr nahe sein. Aus dieser Nähe im subjektiven Bereich ergibt sich, daß die sozialistischen Länder als natürliche Verbündete im Kampf gegen den Imperialismus betrachtet werden. Objektiv jedoch können ihre Aktionen vom Imperialismus in vielfältiger Weise zur Verleumdung des Sozialismus genutzt werden.“<sup>66</sup> Jedenfalls warnte der MfS-General davor, dass die Situation außer Kontrolle geraten könnte: „Es ist nicht übertrieben, festzustellen, daß der Terrorismus im nuklearen Zeitalter geeignet ist, die Fackel zu sein, die unser gemeinsames Haus in Brand stecken könnte, wenn ihm nicht entschieden begegnet wird.“<sup>67</sup>

Die Prioritäten der Antiterrorpolitik sollten für Neiber darin liegen, jeden Gesichtsverlust zu vermeiden und gleichzeitig sicherzustellen, dass die DDR nicht selbst Opfer von terroristischen Attacken werde<sup>68</sup>. Letztere Bedrohung ging aus Sicht des MfS in erster Linie von „neofaschistischen und anderen rechtsextremistischen Feindkräften“ aus, „die eine direkte Frontstellung gegen die DDR und andere sozialistische Staaten einnehmen“<sup>69</sup>. In Wirklichkeit zeigte sich jedoch, dass die DDR kaum mit Terrorismus konfrontiert war. Als „terroristische Absichten und Aktionen im Inneren der DDR“ nannte Neiber rückblickend „gewaltsame Grenzdurchbrüche“ etwa durch Flugzeugentführungen, einen Sprengstoffanschlag gegen ein sowjetisches Kriegerdenkmal in Chemnitz (1980), terroristische Planspiele einer Gruppe Jugendlicher, die sich Anfang der 1980er Jahre selbst „RAF“ nannten sowie die Ermordung zweier Grenzsoldaten durch den Deserteur und Republikflüchtling Werner Weinhold (1975). Dass der Terrorismus nicht ausgeufert sei, habe man dem „wachsamen Verhalten“ der Bevölkerung und der „vorbeugenden Tätigkeit des MfS“ zu verdanken<sup>70</sup>.

<sup>64</sup> BStU, MfS, HA II, Nr. 30159, Teil 1 von 2, Bl. 103–137, hier Bl. 106, Referat des Leiters der Delegation des MfS, Genossen Generalleutnant Neiber, auf der multilateralen Beratung der Bruderorgane vom 24.–27. 11. 1987 in Varna/VR Bulgarien.

<sup>65</sup> Ebenda, Bl. 109.

<sup>66</sup> Ebenda, Bl. 114.

<sup>67</sup> Ebenda, Bl. 106.

<sup>68</sup> Ebenda, Bl. 123f.

<sup>69</sup> Ebenda, Bl. 118.

<sup>70</sup> Neiber/Plomann, Die Abwehr von Terror und anderen Gewaltakten, S. 148f.

Für die Terrorprävention war die MfS-Hauptabteilung XXII zuständig. 1975 gegründet, zählte sie 1988 248 Mitarbeiter und war damit eine der kleineren Diensteinheiten. Laut Tobias Wunschik war die Abteilung immer dann zuständig, wenn die Staatssicherheit glaubte, beim „Gegner“ eine Bereitschaft zur Ausübung von Gewalt gegen die DDR erkennen zu können<sup>71</sup>. Die Terrorismusbekämpfung westlicher Staaten wurde dagegen nicht unterstützt, sondern man war bestrebt, diese aufzuklären – denn nur so meinte das MfS, „etwaige Gefahren für die DDR abzuwehren bzw. die jeweilige Organisation ‚zielgerichtet bearbeiten‘ zu können“<sup>72</sup>. Neiber erläuterte diese Prioritäten nachträglich: „Die Maßnahmen des MfS hatten das Ziel, alle Möglichkeiten zu nutzen, um verdächtige Personen bei Reisen durch die DDR oder bei Aufenthalten auf ihrem Territorium, etwa unter diplomatischer Abdeckung, möglichst lückenlos unter Kontrolle zu halten. Es war nötig, Einblicke in die Entwicklungen der internationalen terroristischen Szene zu gewinnen, personelle Bezugspunkte und Verflechtungen zu erkennen und Gefahren von der DDR und den anderen sozialistischen Staaten abzuwenden.“<sup>73</sup> Zum Zwecke des diesbezüglichen Informationsaustausches hatten sechs Warschauer-Pakt-Staaten (darunter die DDR) sowie drei verbündete Länder bereits Ende der 1970er Jahre den Grundstein für die SOUD-Datenbank (System der vereinigten Erfassung von Daten über den Gegner), einen streng geheimen Informationsverbund, gelegt. Darin wurden Erkenntnisse über gegnerische Geheimdienste sowie über Personen und Institutionen zusammengeführt, von denen nach dem Verständnis der SOUD-Teilnehmer eine Gefahr für die innere Sicherheit ausging<sup>74</sup>.

Die Menge an Information, die das MfS auf solche Weise zum internationalen Terrorismus zusammentrug, „übertraf unsere Vorstellungen bei Weitem“, erinnerte sich BfV-„Chefauswerter“ Winfried Ridder. Nach der Wende gewann er den Eindruck, dass das MfS quasi eine „Doppelbearbeitung nachrichtendienstlicher ‚Beobachtungsobjekte‘ in der Bundesrepublik“ durchgeführt hatte – „mit dem erheblichen Unterschied, dass die Stasi einen umfassenden Überblick über die polizeilichen und nachrichtendienstlichen Erkenntnisse der ‚westdeutschen Sicherheitsorgane‘ hatte gewinnen können“. Das MfS hatte offenbar Zugriff auf alle polizeilichen Informationssysteme und Dateien gehabt und diese abgeschöpft<sup>75</sup>.

Obgleich gut informiert, blieb man in Sachen Terrorbekämpfung gegenüber dem Westen unkooperativ. Dies rechtfertigte Neiber damit, dass sich die Bundesrepublik kategorisch weigerte, mit der DDR einen völkerrechtsgemäßen Rechtshilfevertrag zu schließen – „weil dies die Zusicherung der Gegenseitigkeit vorausge-

<sup>71</sup> Wunschik, „Abwehr“ und Unterstützung des internationalen Terrorismus, S. 265.

<sup>72</sup> Ebenda, S. 270.

<sup>73</sup> Neiber/Plomann, Die Abwehr von Terror und anderen Gewaltakten, S. 164.

<sup>74</sup> Vgl. Bodo Wegmann/Monika Tanzscher, SOUD – Das geheimdienstliche Datennetz des östlichen Bündnissystems, Berlin 1996; [http://www.bstu.bund.de/DE/Wissen/Publikationen/Publikationen/E\\_wegmann-tantszsch\\_soud.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bstu.bund.de/DE/Wissen/Publikationen/Publikationen/E_wegmann-tantszsch_soud.pdf?__blob=publicationFile).

<sup>75</sup> Ridder, Verfassung ohne Schutz, S. 124f.

setzt hätte“, etwa in dem für die DDR besonderes bedeutsamen Fall Weinhold. Der Soldat der Nationalen Volksarmee (NVA) hatte bei seiner „Republikflucht“ 1975 zwei DDR-Grenzsoldaten erschossen und war dafür im Westen zu einer geringfügigen Freiheitsstrafe verurteilt worden. Dem Auslieferungsansuchen der DDR-Staatsanwaltschaft war nicht entsprochen worden<sup>76</sup>. Als dann die westdeutsche Generalbundesanwaltschaft 1978 um „Mitfahndung“ nach dem RAF-Mitglied Christian Klar ansuchte, wurde im Gegenzug jede Kooperation verweigert. Das MfS vermerkte, dass „Gen. Minister Mielke und Gen. Generalstaatsanwalt Streit“ diesbezüglich vereinbart hätten, „daß seitens der zuständigen Organe der DDR in der Angelegenheit ‚Mitfahndung‘ nach Christian Klar keinerlei Maßnahmen eingeleitet oder unternommen werden. (BRD-Seite zeigt keine Initiativen in Zusammenhang mit Lösung anstehender Fragen im ‚Fall Weinhold‘ und zu Flugzeugentführungen<sup>77</sup> und missachtet Prinzip d. Beiderseitigkeit)“<sup>78</sup>. Die Rechtsstelle des MfS hielt dementsprechend fest: „Dem Generalbundesanwalt sollte in dieser Sache weder schriftlich noch fernmündlich geantwortet werden. [...] Gegebenenfalls sollte lakonisch vermerkt hinzugefügt werden, daß bei uns keine Erkenntnisse vorliegen.“<sup>79</sup>

Auf dieselbe unverbindliche Weise wurden immer wieder konkrete Anfragen westlicher Behörden abgewiebelt. Beispielsweise setzte DDR-Außenminister Oskar Fischer 1985 den Minister für Staatssicherheit in Kenntnis, dass „der BRD-Regierung“ Erkenntnisse vorliegen würden, „wonach sich Carlos in der DDR aufhalte bzw. durch die DDR gereist sei“. Bonn habe um Prüfung gebeten, ob es eine Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus und einen Informationsaustausch geben könne. Fischer schlug eine unverfängliche Sprachregelung bei der Reaktion vor: „Die DDR lehnt jede Form des internationalen Terrorismus entschieden ab. [...] Die DDR nimmt ihre sich aus dem Völkerrecht ergebenden Verpflichtungen bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus wahr, was auch ein entsprechendes zwischenstaatliches Zusammenwirken einschließt.“<sup>80</sup>

Vom Nicht-Eingreifen war es oft nur ein schmaler Grat hin zu aktiver Sabotage und Obstruktion westlicher Fahndungsmaßnahmen. In mindestens einem Fall sollten „aktive Maßnahmen“ des MfS das Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz 1985 bei dessen Aufklärung des Terrorismus behindert und verunsichert haben<sup>81</sup>. Ein anderes Mal bewirkte das MfS bei einem „Bruderorgan“ sogar die Freilassung festgenommener Terroristen: Inge Viett, Ina Siepmann und Regina Nicolai waren am 27. Juni 1978 in Prag durch tschechische Sicherheitskräfte verhaftet worden. „Drei Tage lang werden wir verhört. Sie wollen rauskriegen, ob wir

<sup>76</sup> Neiber/Plomann, Die Abwehr von Terror und anderen Gewaltakten, S. 171.

<sup>77</sup> Zwischen 1962 und 1973 wurden insgesamt 14 Versuche unternommen, durch Entführung von Passagier- und Agrarflugzeugen in den Westen zu fliehen, siehe: Ebenda, S. 149.

<sup>78</sup> BStU, MfS, HA IX, Nr. 17153, Vermerk vom 28. 10. 1978.

<sup>79</sup> BStU, MfS, HA IX, Nr. 16309, Bl. 97, Rechtsstelle zu VBE/5282/78.

<sup>80</sup> BStU, MfS, Rechtsstelle 469, Bl. 2f, Oskar Fischer an Erich Mielke, 15. 8. 1985.

<sup>81</sup> Wunschik, „Abwehr“ und Unterstützung des internationalen Terrorismus, S. 273.

uns an den sozialistischen Ländern rächen wollen. [...] Sie versuchen, unsere Strukturen und Verbindungen zu erforschen. [...] Sie sind korrekt, nicht respektlos, wollen aus unserer prekären Situation Nutzen ziehen,“ schilderte Inge Viett die Ereignisse in ihrer Autobiografie. Schließlich berief sich Viett auf ihre Kontakte zum MfS, woraufhin das Trio noch am selben Abend von drei hochrangigen Offizieren abgeholt wurde. Harry Dahl, damals Chef der „Terrorabwehr“, soll gesagt haben: „Na, na. Mädel, ihr macht ja Sachen. Aber jetzt seid ihr in Sicherheit.“<sup>82</sup> Im Anschluss wurden die Frauen vom 28. Juni bis 12. Juli 1978 in einem konspirativen Objekt untergebracht, um anschließend nach Bagdad/Irak auszufliegen<sup>83</sup>.

Im Folgenden werden Fallbeispiele präsentiert, um im Detail zu zeigen, wie die DDR auf westliche Fahndungsanfragen reagierte bzw. welche Maßnahmen getroffen wurden, um die Verwicklung in den internationalen Terrorismus geheim zu halten.

## Fallbeispiel 1: Die Scheinfahndung nach Till Meyer

Am 27. Mai 1978 wurde das Mitglied der „Bewegung 2. Juni“, Till Meyer, von zwei Genossinnen mit Waffengewalt aus der West-Berliner Haftanstalt Moabit befreit. Bereits am selben Tag erhielt das DDR-Innenministerium ein Rechtshilfesuchen der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin (West) und erkennungsdienstliche Hinweise mit der Bitte um Mitfahndung nach Meyer. Drei Tage später sagten die zuständigen DDR-Behörden die Fahndung und im Falle einer Ergreifung die Auslieferung von Meyer zu. In der Folge übergab die West-Berliner Staatsanwaltschaft bei mehreren Gelegenheiten an Grenzübergangsstellen umfangreiche Dokumentationen zu Meyer und seinen Komplizen. Aus diesen Aktivitäten wurde seitens des MfS abgeleitet, „daß die Justiz- und Strafverfolgungsorgane der DDR ohne verbindliche Rechtsgrundlagen in die Verfolgung und Bekämpfung des Terrorismus in der BRD einbezogen werden sollen“. Zumindest ließen sich aus den Kontakten „keine anmaßenden Positionen gegenüber der DDR“ erkennen. Die beauftragten West-Berliner Staatsanwälte traten wie „höfliche Bittsteller auf und brachten stets die Erwartung zum Ausdruck, durch die DDR geeignete Unterstützung im Rahmen der juristischen Möglichkeiten zu erhoffen“<sup>84</sup>.

Doch die Kooperationsbereitschaft war nur vorgetäuscht, denn insgeheim war das MfS bereits im Vorhinein über die Befreiung Meyers informiert gewesen. Drei Monate vor dem Coup waren zwei Mitglieder der „Bewegung 2. Juni“ auf dem Weg von Prag nach West-Berlin bei einer Zollkontrolle aufgefallen. Einer der beiden Frauen, Ina Siepmann, war im Reisezug eine Pistole aus der Reisetasche gerutscht, woraufhin das Duo festgenommen und mehrere Tage lang verhört wur-

<sup>82</sup> Inge Viett, *Nie war ich furchtloser*. Autobiografie, Hamburg 1997, S. 204ff.

<sup>83</sup> Wunschik, „Abwehr“ und Unterstützung des internationalen Terrorismus, S. 268.

<sup>84</sup> BStU, MfS, HA XXII, Nr. 1190, Bericht über den Stand der bisherigen Maßnahmen zum Westberliner Fahndungsansuchen gegen Till MEYER, 21. 6. 1978.

de. Dabei kündigten sie eine Gefangenbefreiung in West-Berlin an – „ohne preiszugeben, wer aus welchem Gefängnis herausgeholt werden sollte“<sup>85</sup>. Das Hauptanliegen des MfS war es, herauszufinden, ob der „internationale Terrorismus“ Aktionen vom DDR-Gebiet plante oder das Land als „Ruherraum“ benutzen wolle. Der Transit von und nach West-Berlin sei allerdings „egal“ gewesen. Versichert wurde auch, dass es keine Fahndungshilfe geben werde<sup>86</sup>. Das MfS ließ die beiden Terroristinnen frei, woraufhin diese die Aktion erfolgreich durchführten. Zuvor war die Terroristin Inge Viett bei der Passkontrolle im Ost-Berliner Bahnhof Friedrichstraße in ein „kleines kahles Zimmer“ gebeten worden, wo sie dann zum ersten Mal mit Oberst Dahl zusammentraf. In dem zweistündigen Gespräch versicherte sich Viett der „Neutralität der DDR“. Dahl stellte klar, dass ein Verrat an einen gemeinsamen Gegner nicht in Frage komme<sup>87</sup>.

Das stille Komplizentum des MfS ging noch weiter: Der befreite Meyer wurde zuerst durch die DDR nach Bulgarien geschleust. Dann ließ man zu, dass Meyer nach nur einem Monat in Freiheit wieder verhaftet werden konnte. Der Flüchtige hatte sich zuvor gemeinsam mit Gabriele Rollnik, Gudrun Stürmer und Angelika Groder nach Nessebar in Bulgarien zurückgezogen<sup>88</sup>. Den bundesdeutschen Behörden gelang es, Bulgarien zur Kooperation zu bewegen – das MfS war darüber im Bilde, unternahm aber nichts, um die Linksextremisten zu warnen. „Inoffiziell wurde bekannt“, heißt es in der diesbezüglichen Information G/2767/06/78, „daß sich mehrere Angehörige der Abteilung Terrorismus bzw. Zielfahndung des Bundeskriminalamtes Bonn seit einigen Tagen in Nessebar/Bulgarien aufhalten. [...] Wie weiter zur Kenntnis gelangte, soll auf Wunsch der bulgarischen Seite eine eventuelle Festnahme des Meyer und/bzw. seiner Begleiter durch Angehörige des BKA erfolgen.“<sup>89</sup> Tatsächlich wurde Meyer am 20. Juni 1978 gemeinsam mit seinen Begleiterinnen von den westdeutschen Polizeibeamten im Hotel Kuban verhaftet und binnen Stunden ausgeflogen. Wie Meyer in seinen „Erinnerungen“ mit kritischem Unterton anmerkt, sei Bulgarien dafür wirtschaftlich belohnt worden: Es habe seinen Tomatenexport um 13 Prozent steigern können – „Terroristen gegen Tomaten“<sup>90</sup>. Gegenüber seinem ostdeutschen Verbündeten versuchte der bulgarische Innenminister das Gesicht zu wahren: „Um die Versuche verschiedener Gruppen, ihre Basis auf dem Territorium der VRB [Volksrepublik Bulgarien] zu organisieren und sie als terroristischen Staat zu kompromittieren, zu unterbinden und damit sich unsere Beziehungen zu einigen Ländern nicht verschlechterten, wurde vier Polizeibeamten der BRD gestattet, in die VRB einzureisen und unter Kontrolle unserer Organe Till MEYER zu suchen und zu verhaften.“<sup>91</sup>

<sup>85</sup> Der Spiegel, 11. 12. 1995, S. 20.

<sup>86</sup> Meyer, Staatsfeind, S. 363.

<sup>87</sup> Viett, Nie war ich furchtloser, S. 179f.

<sup>88</sup> Der Spiegel, 11. 12. 1995, S. 20.

<sup>89</sup> Meyer, Staatsfeind, S. 384.

<sup>90</sup> Ebenda.

<sup>91</sup> BSTU, MfS, HA XXII, Nr. 1190, Bl. 81, Telegramm Stojanow an Mielke, 23. 6. 1978.

## Fallbeispiel 2: Die „Legendierung“ von Silke Maier-Witts Aufenthalt in der DDR

Am 20. März 1986 warnte die KGB-Residentur in Karlshorst das MfS: „Die Behörden der BRD“ hätten einen „anonymen Hinweis erhalten, wonach die in Fahndung stehende Terroristin Maier-Witt, Silke, mit einer BRD-Bürgerin identisch sein soll, die früher an der Fachhochschule ‚Walter Krämer‘ in Weimar (DDR) studiert und Prüfungen an der Medizinischen Fakultät in Erfurt (DDR) abgelegt hat“<sup>92</sup>. Tatsächlich hatte das Bundeskriminalamt (BKA) schon neun Monate vorher von einem Übersiedler den entscheidenden Tipp erhalten, dass sich seine ehemalige Mitschülerin Maier-Witt in der DDR aufhalte<sup>93</sup>. Witt, ein Mitglied der „zweiten Generation“ der RAF und an der Entführung von Hanns Martin Schleyer beteiligt, war 1980 als „Aussteigerin“ in die DDR gekommen und wurde daraufhin unter dem Alias „Angelika Gerlach“ in Erfurt angesiedelt. Die „Legendierung“ ihres Aufenthalts ist ein ausgezeichnetes Beispiel dafür, welche Anstrengungen die DDR unternahm, um die Anwesenheit von im Westen gesuchten Terroristen auf ihrem Territorium zu verheimlichen.

Das MfS entschied „sofort“, Maier-Witt „zur Schadensbegrenzung“ aus ihrem Wohnort abzuziehen und eine „Neueingliederung [...] unter neuer Identität als gebürtige DDR-Bürgerin“ vorzunehmen<sup>94</sup>. Währenddessen schaltete das BKA Bundesanwaltschaft, Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst (BND) ein. „Nach zahllosen Besprechungen befanden die Ermittler, eine ‚offizielle Anfrage bei DDR-Behörden‘ mache keinen Sinn“, so der „Spiegel“. Das BKA versuchte es daraufhin im Alleingang<sup>95</sup>. Als im Dezember 1987 der Sicherheitsbeauftragte der ständigen DDR-Vertretung in Bonn das BKA in Meckenheim besuchte, erbat man „Unterstützung bei der Aufenthaltsermittlung zur Person Angelika Gerlach“<sup>96</sup>. Dazu übergab das BKA ein sogenanntes „Non Paper“ von nur elf maschinengeschriebenen Zeilen, ohne Briefkopf und Unterschrift. Detailliert führte das BKA darin seine Informationen über die Studienkarriere der Ex-Terroristin in der DDR auf. Die abschließende Frage lautete: „Woher kam Frau Gerlach und wo ist sie anschließend verblieben? G. soll im Februar 1986 die Ausbildung völlig überraschend abgebrochen haben und danach spurlos aus Erfurt verschwunden sein.“<sup>97</sup> Das Non Paper blieb unbeantwortet. In einem Vorschlag hielt die Abteilung XXII fest, dass der Fall jedenfalls „nicht geeignet“ sei, „Ansätze für eine rechtliche Kooperationsbereitschaft mit der BRD zu zeigen. Insbesondere bei Aufgreifen dieses Falles durch westliche Medien sind verleumderische Ausfälle und Diskreditie-

<sup>92</sup> BStU, MfS, HA XXII, Nr. 19481, Bl. 16, Übersetzung aus dem Russischen, Geheim!, 358/86.

<sup>93</sup> Der Spiegel, 16. 11. 1998, S. 48–50.

<sup>94</sup> BStU, MfS, HA XXII, Nr. 19481, Bl. 46–49, Bericht vom 23. 7. 1986.

<sup>95</sup> Der Spiegel, 16. 11. 1998, S. 48–50.

<sup>96</sup> BStU, MfS, HA XXII, Nr. 19481, Bl. 51, Ständige Vertretung Bonn an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 8. 12. 1987.

<sup>97</sup> BStU, MfS, HA XXII, Nr. 19481, Bl. 52, Non Paper des BKA.

rungsversuche gegenüber der DDR und ihren Sicherheitsorganen nicht auszuschließen“<sup>98</sup>.

So wurde die Legende der „Angelika Gerlach“ kunstvoll weitergestrickt. Zunächst favorisierte das MfS die Variante, sie sei von einer Reise in den Libanon nicht zurückgekehrt. Doch die Idee wurde verworfen, weil sie „legendemäßig nicht abzusichern“ war: Die Direktflüge der Interflug von Ost-Berlin nach Beirut waren nämlich zum Zeitpunkt der angeblichen Abreise bereits eingestellt worden<sup>99</sup>. So konstruierte man folgende „überprüfbare Legende“: Aus „Angelika Gerlach“ wurde ein Republikflüchtling, der sich nach einem Campingurlaub in Ungarn in den Westen abgesetzt hatte<sup>100</sup>. Zwecks Tarnung wurde Maier-Witt sogar „eine teilweise Änderung ihres Äußeren (Frisure, Kosmetik, neue Bekleidung)“ befohlen. Nach einer Odyssee durch fünf „konspirative“ Wohnungen erhielt sie eine neue Identität: Als „Sylvia Breyer“ war sie nun als Leiterin des Dokumentationszentrums im VEB Pharma Neubrandenburg tätig<sup>101</sup>. Dort gab es 1988 noch einmal Anlass zur Besorgnis. Aus Sicht des MfS ließ es „Sylvia Breyer“ in ihrem Lebensalltag an Diskretion mangeln: „Durch die infolge Eigeninitiative initiierte Teilnahme des IMS [Inoffizieller Mitarbeiter zur politisch-operativen Durchdringung und Sicherung des Verantwortungsbereiches] an APO-Veranstaltungen, durch überdurchschnittliches berufliches Engagement, politisch-progressives Auftreten und durch eine in der Betriebszeitung veröffentlichte Stellungnahme gelangte der IMS in den Blickpunkt der Parteiorganisation des Betriebes. Dies führte dazu, dass eine Aufnahme als Kandidat in die SED nicht mehr verhindert werden konnte.“<sup>102</sup>

Ebenfalls 1988 hatte das Bonner Justizministerium einen letzten inoffiziellen Vorstoß unternommen. Bei einem Empfang in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin nahm ein Referatsleiter einen Bekannten aus dem DDR-Justizministerium zur Seite und bat vertraulich um Fahndungshilfe nach Maier-Witt, alias Gerlach. Die lapidare Antwort nach drei Monaten lautete, dass die „Überprüfung der Person“ ergeben habe, „dass sie sich nicht in der DDR aufhält“. Die Akte Maier-Witt alias „Angelika Gerlach“ wurde vom BKA dennoch nicht geschlossen. Als im Februar 1990 eine Delegation der Volkspolizei Wiesbaden besuchte, baten die Terrorfahnder erneut um Amtshilfe. Vier Monate später wurde Maier-Witt verhaftet<sup>103</sup>.

<sup>98</sup> BStU, MfS, HA XXII, Nr. 19481, Bl. 63f, Vorschlag zum weiteren Vorgehen im Zusammenhang mit der Anfrage zur Person Gerlach Angelika, 15. 3. 1988.

<sup>99</sup> BStU, MfS, HA XXII, Nr. 19481, Bl. 57, Aktenvermerk Abteilung XXII/8, 2. 2. 1988.

<sup>100</sup> BStU, MfS, HA XXII, Nr. 19481, Bl. 81-87, IMS „Anja Weber“ – Reg. Nr.: XV/5511/81, 21. 11. 1988.

<sup>101</sup> Michael Sontheimer, „Natürlich kann geschossen werden“. Eine kurze Geschichte der Roten Armee Fraktion, München 2010, S. 150.

<sup>102</sup> BStU, MfS, HA XXII, Nr. 19481, IMS „Anja Weber“ – Reg. Nr.: XV/5511/81, 21. 11. 1988.

<sup>103</sup> Der Spiegel, 16. 11. 1998, S. 48-50.

### Fallbeispiel 3: Bilaterale Verhandlungen in Sachen Terrorismusbekämpfung zwischen der DDR und den USA

Die stillschweigende Duldung von terroristischen Akteuren im Ostblock blieb den westlichen Behörden natürlich nicht verborgen. Das umfangreiche Wissen um diese Kooperationen wuchs sich spätestens Ende der 1980er Jahre zu einem probaten politischen Druckmittel aus, um die gemeinsame Linie der Warschauer-Pakt-Staaten in Sachen Terrorismusbekämpfung aufzuweichen. Darüber hinaus sollte offenbar das Verhältnis der Ostblockstaaten zu verbündeten Organisationen, die im Westen als „terroristisch“ galten, gestört werden. Ende 1986 begann jedenfalls ein diesbezüglicher Verhandlungsprozess zwischen den USA und einzelnen Warschauer-Pakt-Staaten, der sich über zwei Jahre hinzog.

Im Falle der DDR ging es für die USA zunächst darum, nach dem La Belle-Anschlag (1986) die libysche Präsenz in Ost-Berlin zu thematisieren. Auch wenn die DDR nicht offen der Komplizenschaft beschuldigt wurde, machten die USA dennoch deutlich, dass sie die DDR für weitere terroristische Handlungen in West-Berlin „mitverantwortlich“ machen würden<sup>104</sup>. Im Laufe weiterer Treffen im Jahr 1987 präsentierte die US-Seite konkrete Materialien, die auf eine Unterstützung oder zumindest eine stillschweigende Duldung des Terrorismus durch die DDR hinausliefen. Der in einem „Non Paper“ zusammengefasste Hauptvorwurf lautete, dass Polen und die DDR „umfangreiche kommerzielle Geschäfte“ mit der terroristischen Abu-Nidal-Organisation (ANO) tätigen würden: „Mitglieder der ANO, die in Import-Export-Firmen dieser Gruppe in Ostberlin und Warschau arbeiten, fungieren als Vermittler zwischen offiziellen DDR- und polnischen Exportunternehmen und ausländischen Käufern – besonders auf dem Gebiet des Waffenhandels, aber auch von Fertigwaren und dem illegalen Technologietransfer.“<sup>105</sup>

Die Konzern-Zentrale dieses Geschäftsimperiums der ANO befand sich seit Anfang der 1980er Jahre in Warschau, im 25. Stockwerk des Intraco-Gebäudes in der Stawski-Straße 2. Dort hatte die SAS Trade & Investment ihren Sitz. Ein wichtiges Tochterunternehmen der SAS war in Ost-Berlin, gleich hinter dem Bahnhof Friedrichstraße angesiedelt: die Firma Zibado Co. for Trade and Consulting Ltd., deren offizieller Geschäftszweck die Lieferung von Fabrikationsgütern war. In Wirklichkeit verdiente Zibado durch Waffenverkäufe, die sie in Zusammenarbeit mit dem Unternehmen des DDR-Devisenbeschaffers Alexander Schalck-Golodkowski, der „Imes Import-Export GmbH“, abwickelte<sup>106</sup>. Das US-amerikanische Papier fasste die Erkenntnisse zusammen: „Die Zibado-Company [...] war einer der Kanäle, die der Außenhandelsbetrieb IMES benutzte, um illegale Waffengeschäfte der DDR, so zum Beispiel bei Waffen für die Abwehr von Aufruhr zu arrangieren. [...] Die Zi-

<sup>104</sup> BStU, MfS, ZAIG 14717, Bl. 62f, Vermerk vom 4. 8. 1987.

<sup>105</sup> BStU, MfS, Rechtsstelle 908, Bl. 12-17, Non Paper – Übersetzung aus dem Englischen.

<sup>106</sup> Der Spiegel, 7. 10. 1991, S. 152-154.

bado stellte gegen Ende 1986 ihre Arbeit ein, da ihre Aktivitäten bekannt geworden waren.“ Als besonders besorgniserregend betrachtet wurden Hinweise darauf, dass im April 1985 eine Vereinbarung über die militärische Ausbildung von ANO-Mitgliedern in der DDR getroffen worden sei. Mit drohendem Unterton wurde darauf verwiesen, dass diese vertraulichen Informationen „innerhalb von Wochen“ publik gemacht würden<sup>107</sup> – was dann auch geschah und zu einem negativen Echo für die DDR in der westlichen Öffentlichkeit führte.

Das DDR-Außenministerium bemühte sich, diese „verleumderischen Darstellungen“ zu entkräften, wie aus einem Entwurf für eine Stellungnahme hervorgeht: „Die wenig bedeutsame Handelstätigkeit eines Repräsentanzbüros der Firma ZIBADO [...] in der Zeit von Februar 1984 bis November 1986 in der Hauptstadt der DDR, Berlin, hat keinen für die DDR erkennbaren Zusammenhang mit Ereignissen des internationalen Terrorismus, wie sie der Gruppe unter Leitung Nidal's angelastet werden. Die abgewickelten kommerziellen Aktivitäten der Firma sind innere Angelegenheiten der DDR und allein Sache des DDR-Außenhandels. Rechte und Interessen anderer Staaten wurden davon nicht beeinträchtigt.“ Die „angebliche, unwiderlegbare Beweisführung“ wurde als Versuch der USA gewertet, „die zwischenstaatlichen Beziehungen zu belasten, sich in die inneren Angelegenheiten und souveränen Rechte der DDR einzumischen und sie zu diskreditieren“<sup>108</sup>.

Die US-Seite ließ sich davon nicht beeindrucken, sondern übte weiter Druck aus. Anfang 1988 bemerkte eine Emissärin, die Kongressabgeordnete Olympia Snowe, dass die DDR zwar Terrorismus im Prinzip verurteile, „jedoch habe sie keine Maßnahmen zur Unterbindung solcher völkerrechtswidriger Handlungen auf ihrem Hoheitsgebiet ergriffen. Im Gegenteil, die DDR gewähre terroristischen Kräften Unterschlupf und bilde sie sogar paramilitärisch aus. Somit unterstütze die DDR direkt oder indirekt den internationalen Terrorismus.“ Der DDR-Vertreter versicherte, dass man alles tue, um terroristische Aktivitäten auf ihrem Territorium zu verhindern. Sobald die USA relevantes Material übergeben hätten, würde dieses sorgfältig geprüft: „Die beginnende Zusammenarbeit müsse aber ein Prozeß des Gebens und Nehmens sein.“<sup>109</sup> Intern war die MfS-Spitze besorgt, dassbrisante Informationen durchsickern könnten: „Im Falle des Bekanntwerdens sicherheitspolitisch bzw. operativ bedeutsamer Hinweise auf reale Aktivitäten, Erscheinungen und Personen, sind Vorschläge zu erarbeiten [...], die darauf gerichtet sind, Schäden von der DDR und für die operative Arbeit abzuwenden.“<sup>110</sup>

Die Gespräche traten dann im Rahmen von Expertenkonsultationen in eine neue Phase: „Ziel der Gespräche solle nach Auffassung des State Departments darin bestehen, Möglichkeiten für eine pragmatische Zusammenarbeit zwischen der

<sup>107</sup> BStU, MfS, Rechtsstelle 908, Bl. 12–17, Non Paper – Übersetzung aus dem Englischen.

<sup>108</sup> BStU, MfS, Rechtsstelle 908, Bl. 2f., Text für die Antwort des Außenministeriums auf die verleumderischen Darstellungen des USA-Botschafters, 22.5.1987.

<sup>109</sup> BStU, MfS, Sekretariat Neiber, Nr. 1053, Bl. 32–39, Vermerk vom 18.1.1988.

<sup>110</sup> BStU, MfS, HA XXII, Nr. 19984, Bl. 15ff., Neiber an Mielke, 21.1.1988.

DDR und den USA [...] aufzuspüren und zu nutzen. Das Potential für eine solche Zusammenarbeit sei vorhanden.“<sup>111</sup> Die DDR-Seite fühlte sich dennoch weiter aggressiv angegangen: Die USA mochten zwar betonen, dass sie die konstruktive Haltung der DDR in Sachen Terrorismusbekämpfung nicht anzweifelten und ihr nichts unterstellt, doch war die Verhandlungsführung daraufhin ausgerichtet, „von der DDR ein direktes bzw. indirektes Eingeständnis zu erzwingen, sie unterstütze bzw. dulde Aktivitäten des internationalen Terrorismus, einschließlich auf ihrem Territorium“. Die DDR-Vertreter erkannten darüber hinaus das US-amerikanische Bestreben, Direktkontakte zu ostdeutschen Sicherheitsorganen „herzustellen und regelmäßig zu nutzen, um angebliche Beweise für terroristische Aktivitäten zu übergeben, denen die DDR nach Auffassung der USA nachzugehen habe“. Die DDR-Unterhändler stimmten solchen Kontakten auf Sicherheitsebene nicht zu, sondern pochten auf die Prinzipien der Souveränität, der Gleichberechtigung und der Nichteinmischung<sup>112</sup>.

Für den gewünschten Informationsaustausch erwartete man sich entsprechende Gegenleistungen: „Die DDR kann z. B. erwarten, daß auch die Ermunterung extremistischer Kräfte in der BRD und Berlin (West) zu Angriffen gegen die Staatsgrenze der DDR eingestellt wird und entsprechende Verbrechen hart bestraft werden. Die USA haben als Verbündete der BRD und als eine der für Berlin (West) verantwortlichen Mächte alle Voraussetzungen, darauf hinzuwirken. Die derzeit strapazierte, gegen die Souveränität und territoriale Integrität der DDR gerichtete Forderung – auch der USA-Administration – „Die Mauer muß weg!“ ist mit übereinstimmenden Interessensgebieten im Kampf gegen den Terrorismus in der Welt unvereinbar.“<sup>113</sup>

Während des Verhandlungsprozesses informierten sich die Warschauer-Pakt-Staaten gegenseitig und stimmten sich ab. Hinter den Aktivitäten der USA ortete etwa die tschechoslowakische Seite das Bestreben, „die sozialistischen Länder zu einer offiziellen Verurteilung von Handlungen konkreter terroristischer Organisationen zu zwingen und diese Organisationen damit gegen die sozialistischen Länder auszurichten“<sup>114</sup>. Ähnlich wie die DDR war das ungarische Innenministerium bestrebt, „direkte Beziehungen mit Sicherheitsorganen imperialistischer Länder zu vermeiden“ und die Kontakte über das Außenministerium zu führen: „Wir bemühen uns, die Entwicklung eines ständigen Informationsaustausches zu verhindern. Wir haben die Absicht, keine Angaben und Informationen herauszugeben, die Mitglieder progressiver Bewegungen betreffen.“<sup>115</sup> Auch die polnische

<sup>111</sup> BStU, MfS, HA XXII, Nr. 19984, Bl. 98–112, Vermerk vom 1.2.1988.

<sup>112</sup> BStU, MfS, HA XXII, Nr. 19984, Bl. 86–95. Zusammenfassung inhaltlicher Gesichtspunkte, Wertungen und Schlußfolgerungen aus den Expertenkonsultationen zur Terrorismusproblematik DDR – USA am 1.2.1988 im MfAA der DDR, 2.2.1988.

<sup>113</sup> BStU, MfS, HA XXII, Nr. 19984, Bl. 73–85, Positionspaper (undatiert).

<sup>114</sup> BStU, MfS, HA XXII, Nr. 19984, Bl. 122, Verhandlungen mit den USA zum internationalen Terrorismus – Antwort zu Telegramm 89/88, 25.3.1988.

<sup>115</sup> BStU, MfS, HA XXII, Nr. 19984, Bl. 123f, MdI der UVR, Anlage zum Schreiben vom 25.3.1988.

Seite betonte, dass es den USA in Wirklichkeit um etwas ganz anderes gehe als behauptet: „Das Unterstellen von Verbindungen unseres Landes zum internationalen Terrorismus dient den USA außerdem indirekt dazu, die innere Situation Polens zuzuspitzen sowie die Regierung der VRP [Volksrepublik Polen] zu diskreditieren.“<sup>116</sup> Mit der UdSSR hatte Sonderbotschafter Alvin Adams schon 1986 in Washington und 1987 in Moskau Kontakt aufgenommen: „Die UdSSR bot den Abschluß eines bilateralen Abkommens an, woran jedoch die amerikanische Seite kein Interesse zeigte. Sie forderte den Austausch von Informationen auch über Drittländer, die Herstellung von Nachrichtenkanälen, den Austausch von Listen über Angaben zu Personen (wie z. B. Abu Nidal, Abu Hassan u. a.) sowie eine Einigung darüber, welche Gruppen als Gruppen mit terroristischer Zielsetzung angegeben werden müssen.“ Beide Seiten waren sich einig, „daß eine Zusammenarbeit ‚konspirativ und vertraulich‘ sein müsse, auch die Verbündeten der USA sollten über eine Zusammenarbeit keine Detailkenntnisse erhalten“<sup>117</sup>.

Da das von der BStU zur Verfügung gestellte Quellenmaterial an dieser Stelle abbricht, kann über den weiteren Fortgang der Verhandlungen nur gemutmaßt werden. 1989 setzten die Warschauer-Pakt-Staaten jedenfalls symbolische Schritte, die die Abkehr von der Unterstützung des internationalen Terrorismus deutlich machen sollten. Nach dem Anschlag von Lockerbie betonte etwa die UdSSR die Notwendigkeit einer „gemeinsamen Front des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus“. Die ČSSR entsandte sogar Sprengstoffexperten, um bei den Ermittlungen Hilfe zu leisten<sup>118</sup>. Vermutlich ließ auch der sich abzeichnende politische Umbruch in Osteuropa den Handlungsspielraum in der Frage der Terrorismusunterstützung immer mehr schwinden. Insgesamt betrachtet machen die diplomatischen Manöver der USA deutlich, in welchem Ausmaß der Westen über die Kooperation zwischen Warschauer-Pakt-Staaten und Terrororganisationen im Bilde war und dieses Wissen offensiv einsetzte.

## Zusammenfassung

Hinsichtlich der Terrorismusbekämpfung standen sich der Westen und der Ostblock im Kalten Krieg auf völlig verschiedenen Terrains gegenüber. Zwar hatten die Warschauer-Pakt-Staaten die wichtigsten generellen völkerrechtlichen Bestimmungen der UNO gegen Terrorismus ratifiziert, aber die ideologische Auseinandersetzung ließ kaum Raum für Konsens in konkreten Fällen. Organisationen und Gruppen, die im Westen wegen ihrer Gewalt gegen zivile Ziele als terroristisch eingeschätzt wurden, waren aus Sicht der sozialistischen Staaten entweder legitime

<sup>116</sup> BStU, MfS, HA XXII, Nr. 18138/6, Bl. 89, MdI der VRP, Anlage zum Schreiben vom 25. 3. 1988.

<sup>117</sup> BStU, MfS, HA XXII, Nr. 18138/6, Bl. 106–110, Erkenntnisse aus bisherigen Gesprächen der sozialistischen Staaten mit Vertretern der USA (undatiert).

<sup>118</sup> BStU, MfS, HA XXII, Nr. 18138/6, Position sozialistischer Staaten zum Terrorismus, Pressemeldungen.

me „Befreiungsbewegungen“ oder „fortschrittliche Kräfte“, die es zu unterstützen galt. Diese Hilfeleistungen erfolgten primär auf indirekte Weise – etwa durch die erwähnte Zusammenarbeit mit der PLO und arabischen Geheimdiensten. Allerdings gab es auch vereinzelt direkte Kontakte, wie etwa zwischen der UdSSR und Wadi Haddad oder zwischen dem MfS und der Abu-Nidal-Organisation.

Es ist jedenfalls zweifelhaft, ob der internationale Terrorismus der 1970er und 1980er Jahre ohne Ruheräume, Transitmöglichkeiten und Nachschubquellen in Osteuropa eine ähnliche Schlagkraft erreicht hätte. Gleich, ob man mit Terroristen kooperierte oder sie stillschweigend duldet – für den kommunistischen Machtblock waren Anschläge gegen westliche Ziele ein nicht zu unterschätzendes strategisches Mittel im Kalten Krieg. Für einen steuernden Eingriff gibt es bislang keine Beweise. Allerdings dürfte dies auch gar nicht nötig gewesen sein, denn bei aller Eigenständigkeit mussten dennoch alle Beteiligten den Grundsatz „quid pro quo“ in irgendeiner Form beherzigen.

Gleichzeitig waren sich die osteuropäischen Geheimdienste der Risiken sehr wohl bewusst. Im Unterschied zum Westen ging es ihren zuständigen Apparaten aber nicht darum, diese Bedrohungen aktiv zu bekämpfen, sondern generell zum Zwecke des Informationsgewinns aufzuklären. Man verhielt sich grundsätzlich passiv und gewährte keine Fahndungshilfe – abgesehen von einigen diskreten Kontakten in speziellen Ausnahmefällen. Darüber hinaus wurde die Präsenz von Terroristen auf dem eigenen Territorium hartnäckig vertuscht und verheimlicht. Ende der 1980er Jahre wuchs sich die Kooperation mit Terroristen allerdings zu einer belastenden Hypothek aus. Vor allem die USA nutzten das Wissen über diese Vorgänge dazu, den Ostblock unter Druck zu setzen und zu Konzessionen zu zwingen. An diesem Punkt liefen auch die Beziehungen zu den terroristischen Akteuren allmählich aus. Mit der Kompromittierung waren die Kontakte schlagartig zu einer politischen Last geworden und verloren ihre Nützlichkeit.

Zusammengefasst lässt sich die Terrorismusbekämpfung der Warschauer-Pakt-Staaten als höchst widersprüchlich bewerten. Während beträchtliche Ressourcen mobilisiert wurden, um das Terrorrisiko für die eigenen Gesellschaften abzuwenden, wurde kaum etwas getan, um Anschläge verbündeter Terrororganisationen im Westen zu verhindern. Die Duldung bzw. Instrumentalisierung von Terrorismus als strategisches Mittel sollte künftig stärker in die Betrachtung des Kalten Krieges einbezogen werden.